

**Protokoll des Einwohnerrates**  
**29. Oktober 2025**

**271. Sitzung des Einwohnerrates Windisch vom 29. Oktober 2025**

|                            |   |
|----------------------------|---|
| <b>Vorsitz</b>             | Daniel Brassel, Einwohnerratspräsident (EVP)  |
| <b>Protokoll</b>           | Ramona Hinteregger, Gemeindeschreiberin II  |
| <b>Präsenz</b>             | 38  |
| <b>Ort</b>                 | Einwohnerratssaal, Gemeindehaus 8. Stock  |
| <b>Entschuldigungen</b>    | James Bruderer (FDP)<br>Claudio Deragisch (SP)  |
| <b>Unentschuldigt</b>      | -/-   |
| <b>Aufschaltung Axioma</b> | 16. Februar 2026  |
| <b>Genehmigung</b>         | Dieses Protokoll gilt gemäss § 24 Abs. 3 des Geschäftsreglements als genehmigt, wenn nicht bis zum 8. März 2026 Abänderungen oder Ergänzungen beim Büro des Einwohnerrates schriftlich verlangt werden. |

**Traktandenliste**

|    |   |     |
|----|---|-----|
| 10 | Budget 2026 Einwohnergemeinde; Genehmigung .....  | 598 |
|    | Ordnungsantrag um Verlängerung der Sitzung .....  | 629 |
|    | Ordnungsantrag um Verlängerung der Sitzung .....  | 629 |
|    | Rückkommensantrag Martin Gautschi zum Traktandum 8 – Verpflichtungskredit Erneuerung Habsburgstrasse .. | 630 |
|    | Ordnungsantrag um Änderung der Traktandenliste .....  | 630 |
| 11 | Kaufrechtsvertrag Industrie-Wohnbaugenossenschaft; Genehmigung .....                                    | 630 |
|    | Ordnungsantrag um Verlängerung der Sitzung .....  | 633 |
| 12 | Baurechtsvergabe und Zusatzkredit Vorder Chilefeld; Genehmigung .....                                   | 633 |
|    | Ordnungsantrag um Schluss der Sitzung .....   | 641 |

## Protokoll des Einwohnerrates

29. Oktober 2025

Daniel Brassel, Einwohnerratspräsident (EVP) begrüsst alle Anwesenden zum 2. Teil der 271. Sitzung des Einwohnerrates Windisch. Ich bitte um prägnante, kurzgehaltene und sachliche Voten und auf den Verzicht von ausführlichen Wiederholungen. Schriftliche Voten könnt ihr bitte an Ramona Hinteregger zukommen lassen.

### 10 Budget 2026 Einwohnergemeinde; Genehmigung

Daniel Brassel, Einwohnerratspräsident (EVP): In der vergangenen Sitzung wurde über das Eintreten diskutiert. Der Antrag wurde abgelehnt und wir fahren heute mit der Detailberatung fort. Nach den Ergänzungen des Gemeinderates und der FiGPK, folgen die allgemeinen Voten und Würdigungen der Fraktionen. Anschliessend gehen wir zur Detailberatung über.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Im Vorfeld der Budgeterstellung hat der Gemeinderat, wie schon in den Vorjahren praktiziert, die Abteilungen angewiesen, die Budgeteingaben auf Basis vom Jahr 2025 aufzubereiten. Ohne den Ausbau von Dienstleistungen und bei grösseren Ausgaben, sollen die Eingaben auf der Basis von Offerten eingereicht werden. Auf dieser Basis startete die Budgetberatung. Beim Start lag kein freudiges Ergebnis vor. Es wurde ein Aufwandüberschuss von CHF 3,8 Mio. ausgewiesen. Der Gemeinderat hat das Budget beraten. Dabei wurde sehr schnell klar, dass ein ausgeglichenes Budget nicht möglich sein wird. Zwischen der 1. und 2. Budget-Beratung wurden die Abteilung erneut aufgefordert, nach intensiven Sparmöglichkeiten zu suchen. In den Budget-Diskussionen hat der Gemeinderat auch eine Steuerfusserhöhung auf das Jahr 2026 in Betracht gezogen. Aus Erfahrung wissen wir aber, dass eine Steuerfusserhöhung beim Einwohnerrat, wie auch beim Volk nur geringe Chancen gehabt hätte. Die neue Legislaturperiode ohne Budget zu starten ist keine sonderlich gute Voraussetzung, um in das Amt zu starten, für die neu gewählte Exekutive. Der FiGPK spreche ich einen grossen Dank aus. Sie haben in ihrem Bericht sehr gut analysiert, alle Bereiche überprüft und festgehalten, auf dieser Basis geht der Gemeinderat davon aus, kann auch in die Budgetphase 2027 eingetreten werden. Im 2024 wurden vier Finanzworkshop durchgeführt. Daraus wurde das Resümee gezogen, den Fokus auf Optimierungen und Leistungsanpassungen zu setzen. Neue Aufgaben sollen nur bei sichergestellter Finanzierung zugelassen werden. Dringender Handlungsbedarf im Hochbau, um keinen Sanierungstau zu fördern und um nachfolgend grössere Kosten zu vermeiden. Unter diesem Fokus hat der Gemeinderat bereits das Budget 2025 und nun auch das Budget 2026 erstellt. Im Bereich der Pflegefinanzierung haben wir momentan eine jährliche Kostensteigerung von rund CHF 400'000. Im Budget haben wir dafür gesamthaft für die Pflegefinanzierung CHF 2,5 Mio. eingestellt. Will der Einwohnerrat, dass der Gemeinderat dem DGS mitteilt, dass das nötige Geld für die Übernahme der Pflegekosten fehlt und diese vom Kanton zu übernehmen sind? Ist der Einwohnerrat bereit, die Sicherungsmassnahme zu kürzen? Diese beiden Sparmöglichkeiten hat der Gemeinderat nicht. Diese sind klar zugewiesene Aufgaben der Gemeinde. Ist der Einwohnerrat bereit, auf partizipative Prozesse zu verzichten? Dem Gemeinderat zu vertrauen, dass der Gemeinderat die Verwaltung im Griff hat? In diesem Fall könnte auch Geld eingespart werden. Ist der Einwohnerrat bereit, auf das Führen einer öffentlichen Bibliothek zu verzichten? Als Alternative könnten die Fachhochschul-Bibliothek oder die Stadtbibliothek Brugg genutzt werden. Auch diese wäre eine Sparmöglichkeit. Ist der Einwohnerrat bereit, den Betrieb des Schwimmbades zu schliessen und die Baurechtszinsen weitere Jahrzehnte zu zahlen? Der obligatorische Schwimmunterricht der Schüler müsste in Schwimmbädern der Region durchgeführt werden und die Fahrkosten und Eintrittspreise müssten finanziert werden. Der Schwimmunterricht ist obligatorisch. In den umliegenden Gemeinden wird der Schwimmunterricht auf die Sommermonate ausgerichtet, damit sie unser Schwimmbad benützen können.

Der Gemeinderat vertritt klar die Haltung, dass die Auswirkungen von massiven Sparvorschlägen bekannt sein müssen, um nicht später die Konsequenzen dieses Sparverhaltens finanziell zu spüren. Die Verwaltung ist laufend daran, mit internen Schulungen das Personal zu befähigen, mit neuesten digitalen

## Protokoll des Einwohnerrates

29. Oktober 2025

Möglichkeiten wie KI, eine Entlastung zu erreichen. Das massive Kostenwachstum in den gebundenen Kosten wird in der Politik einiges abverlangen. Keine überstürzten kurzfristigen Entscheide in den Bereichen der nichtgebundenen Kosten. Kürzungen im Bereich der Entwicklungsgebiete oder im Bereich der Gesellschaftlichen Projekte müssen klar ausgewiesen sein, was dies für die Nachfolgezeit bedeutet. Was in den vergangenen Jahren gelang, das Dienstleistungsangebot kontinuierlich so aufzubauen, dass wir als Wohngemeinde attraktiv sind, wollen wir dies aufs Spiel setzen?

In der Gemeindeverwaltung wird mit einer schlanken Verwaltungsstruktur und ausgezeichneten Fachkräften sehr effizient gearbeitet. Dies ist auch im Rechnungsbericht 2024 ersichtlich. Die erforderlichen Organisationsentwicklungen zuzulassen und damit weiterhin eine attraktive Arbeitsgeberin zu bleiben, sollte auch ein Ziel des Einwohnerrates sein. Am Beispiel der Vision Mitte haben wir bereits erfahren, dass es im Vorfeld einer Arealentwicklung, Vorinvestitionen und Gespräche mit Investoren braucht, damit das Wohnungs- und Dienstleistungsangebot unseren Ansprüchen entsprechend entwickelt werden kann. Damit kann hoffentlich eine Stärkung der Steuerkraft erreicht werden. An der Stelle möchte ich, wie beim Rechnungsabschluss betonen. Es ist nicht zu vernachlässigen, dass in den letzten Jahren die Verwaltung mit der Strategie, Projekte mit weitsichtiger Planung und Projektumsetzung und einer guten Budgetdisziplin einen wesentlichen Beitrag zur positiven Entwicklung unserer Gemeinde beigetragen hat. Unserer Meinung nach lohnt es sich nicht, diese positive Mitwirkung der Gemeindeverwaltung aufs Spiel zu setzen. Eine offene Kommunikation und die gegenseitige Anerkennung und das Zusammengehörigkeitsgefühl fördern, lassen uns nicht nur Erfolg teilen, sondern auch Herausforderungen gemeinsam zu meistern. Das Budget 2026 rechnet bei gleichbleibendem Steuerfuss von 115%, mit einem Verlust von CHF 2,275 Mio. einem Investitionsvolumen von rund CHF 12,6 Mio., welches über Darlehensaufnahmen finanziert werden muss. Das Nettovermögen von CHF 2,3 Mio. wird bereits im Rechnungsabschluss 2025 aufgebraucht sein. Die Nettoschuld wird auf rund CHF 26,6 Mio. ansteigen. Der Gemeinderat ist überzeugt, dem Einwohnerrat ein ausgewogenes, mit fundierten Informationen aufbereitetes Budget, vorgelegt zu haben. In dem Sinn beantragen wir das vorliegende Budget mit einem Steuerfuss von 115% zu genehmigen.

Ueli Widmer, Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (SP): Was soll man zu einem Budget mit einem prognostizierten Verlust von CHF 2,3 Mio. sagen? Es gibt viele unschöne Adjektive dazu. Die Ursachen für die schlechten Prognosen sind relativ klar und in erster Linie im strukturellen Bereich zu suchen. Auf der Einnahmenseite haben wir eine unterdurchschnittliche Steuerkraft. Dazu kommen Revisionen der Grundlagen im Steuerbereich mit negativen Auswirkungen auf unsere Steuereinnahmen. Auf der Ausgabenseite haben wir hohe Kosten, welche die Gemeinde nicht beeinflussen kann. Wie auch die Restkostenfinanzierung im Pflegebereich, wie auch in den Schulen. Es gab zudem hohe notwendige Investitionen, wie z.B. bei den Schulhäusern, wo viel investiert werden musste. Leider war dies mit den strukturellen Defiziten ein Problem. Es ist selten eine kurz- bis mittelfristige Besserung in Sicht. Die Finanzplanung von Windisch und die prognostizierten Finanzkennzahlen zeigen dies deutlich auf. Windisch wird auch in den nächsten Jahren nicht aus dem finanziellen Tal der Tränen kommen. Dabei wären Investitionen in der Gemeinde dringend notwendig, wenn man die Chance wahrnehmen will, welche sich durch das Entwicklungspotential in der Region Wasserschloss ergibt. Vor diesem Hintergrund wird der Finanzhaushalt ein Drahtseilakt zwischen absolut Notwendigem und Notwendigem sein. Das gewünschte wird dabei kaum zum Zug kommen. Die FiGPK hat das Budget 2026 und die wenig erfreulichen Aussichten mit ernsthafter Sorge zur Kenntnis genommen. Zum heutigen Zeitpunkt wird aber auf Eingriffe in das vorgelegte Budget verzichtet. Sie ist überzeugt, dass die Mittel bedacht eingesetzt wurden und finanzielle Kürzungen das Funktionieren der Gemeinde ernsthaft gefährden würden. Es ist auch nicht der Zeitpunkt, für unbedachte Kürzungen in gewissen Bereichen. Es kann natürlich trotzdem vorkommen. Vielmehr müssen wir die Handlungsalternativen ohne Zeitdruck abwägen und gewichten. Der neue Gemeinderat wird in dieser Beziehung von der ersten Sitzung her gefordert sein. Die FiGPK appelliert in diesem Zusammenhang an sämtlichen Verantwortlichen, die Sparanstrengungen konsequent und intensiv weiter-

## Protokoll des Einwohnerrates

29. Oktober 2025

zuführen und auch die vorhandenen Spielräume zu nutzen. Nach Ansicht der FiGPK wird aber aus Sparanstrengungen alleine keine genügende Entlastung realisiert werden können. Es müssen auch auf der Einnahmeseite Massnahmen ergriffen werden. Insbesondere muss eine Erhöhung des Steuerfusses überprüft werden. Die FiGPK hofft, dass die finanziellen Probleme in einer konstruktiven Zusammenarbeit mit allen Beteiligten gelöst werden können und dass der Prozess auf einer sachlichen Ebene abgewickelt wird. Heute wird die Politik, nicht nur im Ausland, von einer Aufregungskultur mit gegenseitiger Schuldzuweisung und Diffamierungen geprägt. Ich denke dies haben wir nicht nötig. Zeigen wir in Windisch, dass es auch anders geht. Für weitere Aspekte zum Budget verweise ich auf den schriftlichen Bericht der FiGPK, wo die Haltung der FiGPK umfassend wiedergegeben wird. Die FiGPK beantragt dem Einwohnerrat das vorgelegte Budget der Einwohnergemeinde mit einem Steuerfuss von 115% zu genehmigen.

### Detailberatung – Allgemeine Voten

Thomas Hellstern (SP): Die SP-Fraktion dankt der Verwaltung, dem Gemeinderat, der FiGPK und insbesondere Michael Schleuniger für das transparente und verständliche Budget. Der Gemeinderat beantragt das Budget 2026 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 2,27 Mio. bei unverändertem Steuerfuss von 115%. Der SP macht das Defizit und die Aussicht im Finanzplan Sorge. Trotzdem verzichtet die SP mit Bezug auf das Budget 2026 bewusst auf Kürzungsanträge. Wir sind der Meinung, dass in den letzten Jahren haushälterisch gewirtschaftet wurde und das Sparpotential laufend überprüft und auch genutzt wurde. Damit ist klar, der Gemeinderat und die Verwaltung gehen nicht leichtfertig mit unseren Finanzen um. Die überall sichtbaren Sparbemühungen werden sowohl auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmenseite durch externe Faktoren behindert.

Auf der Einnahmenseite haben die beiden letzten Steuergesetzrevisionen im Aargau massiv Einfluss genommen. Die Steuerausfälle aufgrund dieser Revisionen haben in Windisch eine Reduktion der Einnahmen von 3,5 Steuerprozent zur Folge. Damit fehlen uns jährliche Steuereinnahmen von rund CHF 500'000, welche dringend benötigt würden. Dazu kommt die letztens beschlossene Abschaffung des Eigenmietwerts. Diese wird uns in Windisch auch wieder mehrere Steuerprozent kosten und für Minder-einnahmen sorgen. Unter diesem Aspekt müssen wir das Budget auch so anschauen, dass es auch schmerzliche Massnahmen braucht.

Auf der Einnahmenseite heisst das aus unserer Sicht, dass wir nicht um eine Steuerfusserhöhung herkommen. Die SP erwartet deshalb, dass der neue Gemeinderat eine Steuerfusserhöhung zeitnah anpackt. Alles andere wäre in Anbetracht der Situation verantwortungslos.

Auf der Ausgabenseite haben wir schon oft gehört, welche Positionen uns Sorgen machen. Die Anstrengungen gleichen einem Hamster im Rad. Nichtsdestotrotz müssen wir die Sparanstrengungen weiterführen und die Aufgaben und Dienstleistungen auf die Wirkung überprüfen und dort investieren, wo es Windisch langfristig und nachhaltig nützt. Es bringt nichts, wenn wir in einen kurzfristigen Aktivismus verfallen. Wichtig ist auch, dass Investitionen, welche wichtig sind für die Zukunft, nicht aufgeschoben werden dürfen. Die SP dankt dem Gemeinderat, dass dieser Stillstand keine Option für ihn ist und er die Verantwortung gegenüber den Einwohnern, den Mitarbeitenden, sowie für die Zukunft von Windisch, damit wahrnimmt. Die SP möchte keine kurzfristigen Schnellschüsse und wird dementsprechend dem Budget 2026 zustimmen. Nicht weil dieses unbedenklich wäre, sondern weil wir auch der Meinung sind, dass es für den neuen Gemeinderat möglich sein soll, mit einem bewilligten Budget zu starten. Das übergibt dem Gemeinderat eine grosse Aufgabe aber auch die Chance strukturiert und besonnen an einem Budget 2027 zu arbeiten.

Heiko Loretan Kühnis (Die Mitte): Ein grosser Dank für die Erarbeitung des Budgets geht an Michael Schleuniger und die Personen der Abteilung Finanzen. Die Zahlen sind gut nachvollziehbar und übersichtlich. Auch ein Dank geht an den Gemeinderat und die FiGPK für den guten Bericht. Nach der vergangenen

## Protokoll des Einwohnerrates

29. Oktober 2025

Sitzung muss ich James Bruderer recht geben. Es wurde jetzt gesagt, dass keine Schnellschüsse gemacht werden sollen. Ich finde dies grundsätzlich gut aber dennoch haben wir ein Defizit von CHF 2,3 Mio. Es wäre äusserst fahrlässig, dies einfach durchzuwinken und zu sagen, der neue Gemeinderat regelt dies im neuen Jahr. Nach meiner Wahrnehmung haben wir drei Möglichkeiten für die Beschlussfassung. Die erste ist, wir weisen das Budget zurück an den Gemeinderat, das wäre kein Schnellschuss. Wir haben von der FiGPK gehört, dass Sparmassnahmen ohne Druck, in einem längeren Prozess umgesetzt werden sollen. Der Vorteil dieses Vorgehens ist, dass der neue Gemeinderat in die Materie eintauchen kann. Er kann seine Führungsfunktion wahrnehmen und er kann mit Hilfe der Verwaltung strategische Entscheide fällen und Sparmassnahmen umsetzen. Dies ist eine strategische Sache mit dem Nachteil, dass der Gemeinderat am 1. Januar 2026 kein Budget hat. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dies so schlimm ist. Auf den neu gewählten Gemeinderat wird mehr Arbeit zukommen. Im nächsten Punkt komme ich auf unsere Tabelle, wo wir die CHF 50'000 Kompetenzsumme nicht rausgestrichen haben. Das wäre eine Möglichkeit tätig zu werden. Ein neuer Gemeinderat hat auch neuen Antrieb und möglicherweise eine neue strategische Richtung, die er einschlagen möchte. Daher der Rückweisungsantrag: «Das durch den Gemeinderat vorgelegte Budget ist zurückzuweisen. Dem Einwohnerrat ist im ersten Halbjahres 2026 eine neue Vorlage zu unterbreiten, in welcher der aktuell budgetierte Verlust von aktuell CHF 2,274 Mio. um mindesten CHF 685'000 reduziert wird, bei gleichbleibendem Steuerfuss von 115%.»

### Diskussion über den Rückweisungsantrag von Heiko Loretan Kühnis (Die Mitte)

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Der Antrag kann nicht in der Form durchgesetzt werden. Der Gemeinderat hat den Auftrag per 1. Januar 2026 ein Budget vorzulegen. Das heisst, wenn ihr möchtet, dass der Gemeinderat dieses nochmal bearbeitet, muss der alte Gemeinderat nochmal in diesem Jahr darüber diskutieren und dies beschliessen. Eventuell kann mit dem Kanton verhandelt werden, dass die nächste Einwohnerratssitzung nicht Mitte oder Ende Dezember stattfinden muss, sondern dass dies im Januar nachgeholt werden muss. Es gibt noch keinen neuen Gemeinderat, der einem Ressort zugeteilt wurde, es wurde noch kein neuer Gemeinderat vereidigt. Somit müsste der alte Gemeinderat das Budget erneut überarbeiten und dieses unterbreiten. Ob diese Diskussionen im Dezember oder Januar geführt werden, es ist nicht möglich, dass beantragt werden kann, dass dies im Lauf des Jahres 2026 erledigt werden muss.

Fabian Schütz (SVP): Der Antrag ist als Rückweisungsantrag rechtens, die genauen folgen sind im Antrag nicht vermerkt. Nehmen wir unsere Verantwortung wahr? Nimmt der Gemeinderat seine Verantwortung wahr, wenn er Ende Legislatur ein Budget vorlegt und seinen Nachfolgern das Sparen und die unangenehmen Diskussionen mit der Verantwortung überlässt? Nimmt er seine Verantwortung wahr, wenn er eine Steuererhöhung mit dem Referendum seinen Nachfolgern hinterlässt und keine Massnahmen zur Minimierung vorschlägt, im Wissen wie heftig die Reaktionen auf eine Steuererhöhung ausfallen können? Nimmt der Einwohnerrat seine Verantwortung wahr, wenn er das Budget genehmigt und sich mit Argumenten abspesen lässt, wie es gibt zu viel Zeitdruck, der Gemeinderat muss selber mit Sparideen kommen? Waren vier Jahre dafür nicht genug Zeit? Wollen wir uns wirklich hinter dem Abschieben der Verantwortung auf andere, den Pflegerestkosten und den Steuergesetzrevisionen verstecken, als ob andere Gemeinden um uns nicht dieselben Probleme hätten? Soll dieses Budget wirklich der Abschluss der Legislatur sein? Daher meine Frage, ob der Einwohnerrat seine Verantwortung gemäss Ziffer 3.2 der Gemeindeordnung wahrnimmt? Darin steht: «Der Einwohnerrat ist für die Aufsicht über die Gemeindeverwaltung zuständig und für die Genehmigung des Budgets.»

Genehmigung heisst natürlich nicht nur Zustimmung zum Budget, sondern auch sich damit zu befassen. Wer hat das Budget wirklich gelesen und wer vertraut darauf, dass die Parteikollegen das Budget schon besser gelesen haben? Die Parteikollegen verlassen sich darauf, dass der Gemeinderat und die FiGPK das schon richtig gemacht und überprüft haben. Der Gemeinderat verlässt sich darauf, dass sich die Verwaltung schon meldet, wenn es Sparpotential gibt. Wer hat den Budgetbericht gelesen? Ich habe mir

## Protokoll des Einwohnerrates

29. Oktober 2025

all diese Fragen gestellt. Mehr als ein Rückweisungsantrag an den Gemeinderat kam uns auch nicht in den Sinn. Dies zeigt die Gefahr der Verantwortungs-Diffusion ist riesig, wie wir organisiert sind. Richtig Verantwortung für die Finanzen übernimmt im Einwohnerrat ohnehin niemand. Anders könnte ich es mir nicht erklären, bei einem Budget mit einem solch hohen Fehlbetrag und einer Steuerfusserhöhung von 5% im Finanzplan, bei welchem wir Sparpotential in der Höhe von CHF 685'000 entdeckt haben, mindestens CHF 500'000 ohne Leistungsabbau beim Bürger. Das Schwimmbad ist da nicht enthalten und es betrifft auch nicht die Regionalpolizei.

Ich appelliere an euch die Verantwortung wahrzunehmen. Dem Gemeinderat empfehle ich das Budget zurückzuziehen, die Verantwortung wahrzunehmen und dem neuen Gemeinderat ein besseres Budget zu überlassen. Anregungen wurden mit den Streichungsanträgen genug geliefert. Es muss auch bedacht werden, ob das Budget einem allfälligen Referendum standhalten würde, ob ihr dies euren Wählern erklären könnt. Wenn das Budget wie vorliegend genehmigt wird, wird es ein Referendum geben.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): In einem Bereich muss ich noch eine Ergänzung geben. Der Gemeinderat hat im Jahr 2024 Finanz-Workshops durchgeführt. Damals war schon klar, dass die Finanzen knapp sind. Damals wurden keine Sparvorschläge vorgebracht. Die Massnahmen, welche damals vorgebracht wurden und gekürzt werden können, wurden vom Gemeinderat vollzogen. Es wurde viel gemacht vom Gemeinderat. Der Vorwurf, dass keine Sparbemühungen unternommen wurden ist falsch. In der Verwaltung wird sorgfältig, mit den vorhandenen Geldern umgegangen. Die Verwaltung erledigt diese Aufgabe sehr gut. Es stimmt, dass sich in den gebundenen Kosten eine Spirale öffnete, welche nicht in den Griff bekommen wird. Dies war in diesem Ausmass jedoch nicht absehbar. Wer weiss was die Pflegefinanzierung bedeutet? In den vergangenen zwei bis drei Jahren gab es jährliche Mehrkosten von rund CHF 400'000. Dies kann nicht prognostiziert werden. Wir haben keine Einsicht in die Pflegestufe der Bürger. Wir sehen die Entwicklung der Alterskategorien, jedoch nicht welche Auswirkungen dies auf die Pflegestufe hat. Es ist bekannt, dass der Anteil der älteren Menschen mit hohen Pflegestufen stetig ansteigt, was zu hohen Kosten führt. Dies ist die Gesundheit von unseren Einwohnern, welche auch bei Pflegebedürftigkeit Anrecht auf eine gute Versorgung haben. Diese Kosten können nicht beeinflusst werden. Auf der anderen Seite entstehen im Bereich der Sicherheit Mehrausgaben, welche vor zwei oder drei Jahren auch noch nicht erahnt wurden. In diesem Bereich sind die Gemeinden zuständig und die Aufgaben können nicht abgeschoben werden. Die Regionalpolizei ist ein Teil davon. Der andere Teil ist eine Aufgabe, welche von der Gemeinde getragen werden muss, ohne Unterstützung von anderen Gemeinden. Der Gemeinderat engagiert sich dafür in Aarau, damit eine andere Verteilung erzielt werden kann. Eine Lösung dafür gibt es aber nicht von heute auf morgen. So wissen wir auch nicht erst seit jetzt, dass etwas unternommen werden muss. Der Gemeinderat hat seine Aufgabe sehr wahrgenommen.

Ich konnte die Streichungsanträge einsehen. Beispielsweise beim Unterhalt wurden 10% gekürzt. Ich stelle mir die Frage, wie es möglich sein soll 10% zu kürzen, wo eigentlich bekannt ist, dass dieser Betrag nicht gekürzt werden soll, sondern sorgfältig mit unseren Gebäuden und Immobilien umgegangen werden muss. Die Gemeinde müsste fähig sein dazu, jährlich CHF 2,5 Mio. in den Unterhalt zu investieren. Aktuell bewegen wir uns zwischen CHF 700'000 und CHF 1,25 Mio., also nicht annähernd dort, wo der Wert liegen soll. Es scheint unsinnig hier zu kürzen; das Problem aufzuschieben, anstatt das Problem zu lösen und anzugehen. Eine Rückstellung des Budgets ist möglich, das ist ein Recht des Gemeinderates. Der Gemeinderat wird aber darauf beharren, dass es anschliessend einen Austausch mit dem Einwohnerrat gibt. Dies müsste geschehen, bevor das Budget im Gemeinderat verabschiedet wird. Der Gemeinderat könnte Kürzungen vornehmen, dem Einwohnerrat müssten die Auswirkungen z.B. für Anträge aber bewusst sein. Diese Aufgabe kann nicht vom Gemeinderat allein in Angriff genommen werden. Es müsste sicher noch in diesem Jahr einen Austausch zwischen den Räten geben. Wenn dies nicht mehr in diesem Jahr gemacht wird, bestehen vermutlich keine drei Wochen, um das Budget in den Fraktionen zu besprechen.

## Protokoll des Einwohnerrates

29. Oktober 2025

Martin Gautschi (FDP): Die FDP-Fraktion ist auch der Meinung, dass diese Rückweisung gemacht werden muss. Ein ausgeglichenes Budget wäre eine Aufgabe der Exekutive, unter Berücksichtigung der Gewaltenteilung. Fabian Schütz hat es erwähnt, dass ca. CHF 500'000 ohne grosse Streichungen realisiert werden könnten. Die bereits gemachten Anstrengungen des Gemeinderates erscheinen zu gering. Wir sind überzeugt, dass hier noch mehr erreicht werden kann. Die FDP ist auch der Meinung, wenn das Budget so angenommen würde, dass das Volk darüber abstimmen soll. Das vorliegende Budget sei nicht nachhaltig, es müsse jetzt gehandelt werden und dies kann nicht mehr aufgeschoben werden. Anstelle des Referendums wäre es besser, das Budget zurückzuweisen und sofort an die Überarbeitung des Budgets zu gehen. Wir werden es schaffen eine Lösung zu finden, mit der Rückweisung soll aber keine Zeit verloren werden.

Jonathan Schibli (EVP): Die grosse Frage ist: «Was machen wir mit dem Budget?» und vor allem, «Wer macht es?» Von der EVP freuen wir uns nicht über ein negatives Budget. In der Beratung um die Rückweisung wurden wir uns nicht einig. Daher haben wir dafür Stimmfreigabe beschlossen. Wir waren uns aber einig, dass 52 Streichungsanträge auch nicht zum Ziel führen. Als Einwohnerrat sollten wir in unserer Aufgabe bleiben und nicht einzelne Punkte im Budget zusammenstreichen. Dafür fehlt uns häufig das Hintergrundwissen und die Datenlage. Die Gefahr etwas zu streichen, was Folgekosten verursacht oder etwas zu streichen ohne Folgen berücksichtigt zu haben, ist sehr gross. Dies zeigte sich mir an der vergangenen Budgetsitzung bei einem eigenen Antrag. Wir sollten auf kommunaler Ebene der Exekutive soweit vertrauen können, dass sie das Einsparpotential eruiert und sorgfältig nutzt. Bei einer Rückweisung ist es möglich, dass an der einen oder anderen Stelle einige Einsparungen gemacht werden können. Wunder dürfen wir uns jedoch auch nicht erhoffen. Fast jedes Jahr wurden, die von der Verwaltung und vom Gemeinderat gemachten Einsparungen in der Vergangenheit gelobt. Diese Einsparungen wurden bereits umgesetzt.

Eliane Frei (Grüne): Ein Budget zu erstellen ist keine einfache Aufgabe, da es sich um einen Blick in die Zukunft handelt. Es gibt Positionen, welche gut eingeschätzt werden können und andere welche schwierig einzuschätzen sind. Wir sind der Meinung, dass der Gemeinderat und die Verwaltung einen guten Job machen. Das Budget wird möglichst genau erstellt, gemäss den Erwartungen. Leider reichten die Anstrengungen nicht aus und es gibt immer noch ein Defizit von über CHF 2 Mio. was uns auch missfällt. Wenn das Budget 2026 zurückgewiesen oder abgelehnt wird, dann fehlen die zwei Millionen immer noch. Das Geld kommt nicht einfach zum Vorschein, wenn das Budget abgelehnt wird. Das Geld fehlt immer noch und die Ausgaben stehen immer noch an. Wenn wir Geld sparen oder mehr einnehmen wollen, bringt es nichts das Budget zurückzuweisen oder abzulehnen. In diesem Fall müssten konkrete Massnahmen beschlossen werden um Geld einzusparen. Darüber haben wir von der Mitte und der SVP heute eine Liste erhalten mit 52 Ideen. Es gibt einige wo ich denke, welche eine Überlegung wert sind. Dafür müsste das Budget nicht abgelehnt werden. Die Punkte könnten im nächsten Jahr angegangen werden. Man könnte die Punkte in den Einwohnerrat bringen und Anträge für die Einsparungen vorbringen. In den vergangenen Jahren entstand oft eine bessere Rechnung, weil man noch Wege gefunden hat, wo Geld eingespart werden konnte. Der neue Gemeinderat muss aber eine Basis haben, damit dieser seine Arbeit aufnehmen kann. Wir sind der Meinung, dass das Budget eine Basis gibt für die Arbeit des Gemeinderates. Es darf aber nicht vergessen werden, dass gespart werden muss und dass neue Lösungen gefunden werden müssen. Wir sind aber der Meinung, dass dies besser geht, wenn man Grundlagen hat, um damit zu starten. Die Liste mit den 52 Ideen stellt eine gute Grundlage dar, um darauf aufzubauen, auch wenn dies das Problem gesamthaft nicht lösen wird.

Heiko Loretan Kühnis (Die Mitte): Wir diskutieren über den Rückweisungsantrag. Die 52 Änderungsanträge wurden noch nicht eingereicht.

Alex Heinemann (FDP): Ich habe noch Ergänzungen zum Votum von Fabian Schütz. Er hat gesagt, dass wir im Rat darauf vertrauen, dass wir das Budget gelesen haben, dass wir uns Gedanken gemacht haben

## Protokoll des Einwohnerrates

29. Oktober 2025

Sparanträge einzureichen. Schlussendlich vertraut auch die Bevölkerung von Windisch auf den Einwohnerrat und Gemeinderat, dass wir uns Gedanken für ein nachhaltiges Budget gemacht haben. Wir haben ein Budget mit einem Defizit von über CHF 2 Mio. Ich bin etwas irritiert von der Erwartungshaltung des Gemeinderates aber auch von den Voten der SP. Der Gemeinderat erwartet, dass das Budget ohne Widerstand akzeptiert wird. Man ist schon der Meinung, dass die Spar-Diskussionen im nächsten Jahr wieder geführt werden müssen. Auf Ende Jahr möchte man aber keinen Aufwand mehr betreiben. Die Erwartungshaltung der SP ist, dass immer wieder Ausgaben im Einwohnerrat diskutiert und angenommen werden. Wenn es aber um Einsparungen geht, wird nichts unternommen. Ich bin der Meinung, dass wir Verantwortung übernehmen müssen. Das schulden wir den Einwohnerinnen und Einwohnern von Windisch. Aus diesem Grund stimme auch ich für die Rückweisung. Wir müssen jetzt die Überlegungen starten und auch der neue Gemeinderat kann seine Pflichten wahrnehmen.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Mit dem Rückweisungsantrag soll nicht eine einfache Lösung gesucht werden. Dies soll auch nicht bedeuten, dass mangelhaft gearbeitet wurde. Es geht nur um die Finanzen der Gemeinde Windisch. Dies ist in der Verantwortung des gesamten Einwohnerrates. Die Erarbeitung der 52 Streichungsanträge war keine einfache Arbeit. Hinter dieser Arbeit liegen Stunden Arbeit. Es mussten Überlegungen angestellt werden, wo Einsparungen erreicht werden können, ohne dass dies grosse Auswirkungen hat. Geringe Sparbeträge von z.B. CHF 2'000 oder CHF 5'000 können belächelt werden. Allerdings beginnt sparen im Kleinen. Mit den 52 Spar-Möglichkeiten könnte ein grösserer Betrag eingespart werden. Wir meinen, dass bei einer Rückweisung des Budgets, unsere Liste mit den Einspar-Möglichkeiten dem neuen Gemeinderat als Unterstützung zur Verfügung gestellt werden könnte. Auf das Jahr 2027 müssten ohnehin Einsparungen erzielt werden. Es stellt sich die Frage, wann die Sparmassnahmen angegangen werden sollen, wenn nicht jetzt. Der neue Gemeinderat hört vermutlich auf einen Teil des Einwohnerrates, dass das Defizit verringert werden muss. Auch wenn gebundene Ausgaben bestehen, welche nicht beeinflusst werden könnten. Die hohen Pflegerestkosten treffen uns, wie auch andere Gemeinden. Dies heisst jedoch nicht, dass keine Einsparungen gemacht werden müssen. Genau deshalb muss gespart werden, damit diese Kosten finanziert werden können. Ein Durchwinken des Budgets hätte für den kommenden Gemeinderat nicht weniger Arbeit zur Folge. Mit einem reduzierten Budget würde keine Mehrarbeit entstehen. Wenn das Budget im Dezember 2024 nochmal besprochen werden müsste, dann sollte uns die Gemeinde dies auch Wert sein.

Mirjam Aebischer (SP): Wir wurden an die Verantwortung von uns Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten erinnert. Ich erinnere an die Verantwortung von uns Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern und als Mitglieder von übergeordneten Parlamenten erinnern. Wir reden von Sparmassnahmen, diese sind notwendig, weil auf übergeordneter Ebene Steuersenkungen beschlossen wurden. Heute sind nicht die Personen, welche damals dagegen waren, diejenigen, welche sagen, dass jeder Franken eingeteilt werden muss. Bei den Steuersenkungen ist man vor allem auf der rechten Seite des Einwohnerrates grosszügig. Wir reden von 18,5% des Budgets, über welchen Anteil wir selber bestimmen können. In diesen 18,5% sind die Steuersenkungen enthalten, welche die übergeordnete Ebene bestimmt.

*Kurze Pause, damit sich der Gemeinderat beraten kann.*

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Der Gemeinderat hat entschieden, dass er nach wie vor überzeugt ist, dass auf Basis der möglichen Entscheide, ein gutes Budget vorgeschlagen wurde. Der Gemeinderat ist sich auch bewusst, dass über die Finanzen diskutiert werden muss. Dies soll aber nicht mit Schnellschüssen geschehen. Es gibt auch Budget-Ausgaben, welche blockiert sind, bis effektiv ein Budget vorliegend ist. Dabei geht es um Positionen, welche uns auch wichtig sind, wie das Jugendfest. Da muss überlegt werden, ob dieses überhaupt durchgeführt werden soll. Gibt es eine Einweihung der Schulanlage oder soll auf den Anlass verzichtet werden. Diesen Diskussionen muss sich der Gemeinderat ohne Budget stellen. Ein Jugendfest zu planen in einem halben Jahr oder weniger, dies ist nicht machbar.

## Protokoll des Einwohnerrates

29. Oktober 2025

Die Leute, welche das Jugendfest organisieren müssen jetzt wissen, ob das Zelt und die restliche Infrastruktur bestellt werden kann, ansonsten funktioniert das nicht. Das Jugendfest ist dabei nur ein Beispiel. Es gibt einige Aufgaben, welche blockiert sind, wo nichts gemacht werden kann. Was weiterläuft sind die Bereiche mit gebundenen Kosten. Das sind die Kosten, wo wir hören, dass diese immer weiter ansteigen. Diese Kosten müssen wir zahlen. Beim Rest, wo wir nur einen kleinen Spielraum haben, um Einfluss zu nehmen, diesen Teil dürfen wir nicht ausgeben, solange wir kein Budget haben. Jetzt kurzfristig CHF 700'000 einzusparen ist eine Möglichkeit. Dies ist jedoch keine Dauerlösung, da wir wissen müssen, wie es anschliessend weitergeht. Wie gehen wir weiter? Ist eine Steuerfusserhöhung geplant oder hat man irgendwo Glück, wo man Einnahmen erhält. Dies sind Diskussionen, welche geführt werden müssen und das benötigt Zeit. Bis Ende Dezember wird dies kurzfristig nicht möglich sein, da das Tagesgeschäft weiterläuft. Dies müsste sauber vorbereitet und aufgezeigt werden, damit auch die Folgen des Verzichts bei gewissen Aufgaben aufgezeigt werden können. Im Gemeindegesetz steht, dass nach der Zurückweisung innert 60 Tagen ein neues Budget vorgelegt werden muss. Innerhalb dieser 60 Tage, werden nicht die Antworten vorgelegt werden können, welche erwartet werden.

Die Abstimmung über den Eigenmietwert wurde angesprochen. Hier müssen wir auch Erfahrungen sammeln, welche Auswirkungen das auf den Steuerertrag hat. Diese Auswirkungen sehen wir vielleicht in zwei oder drei Jahren. Wenn grundsätzlich darüber entschieden werden soll. Dann muss dies sorgfältig geschehen, damit auch die Auswirkungen in den Folgejahren abgewogen werden können. Mir ist bewusst, dass eine Steuerfusserhöhung im Jahr 2026 oder 2027 eine Hürde bei der Bevölkerung wäre. Dann hätten wir aber bessere Daten, um eine Steuerfussdiskussion führen zu können. Mit Schnellschüssen müsste später dennoch über den Steuerfuss diskutiert werden. Ich danke euch, wenn das Budget so angenommen wird.

Isabelle Schneider (Grüne): Ich stimme Elsbeth Hofmänner zu, dass auch kleine Einsparungen sich summieren. Ich denke, dass dies im Moment jedoch nicht zielführend ist. Das Problem in Windisch besteht im Moment darin, dass wir zu wenig Steuereinnahmen haben. Vor allem die Gewinnsteuer ist gering, das heisst, dass wir zu wenig juristische Personen haben oder diejenigen die hier sind zahlen keine Steuern. Wir haben beispielsweise die PDAG, welche eine öffentlich-rechtliche Anstalt ist und keine Steuern bezahlt. Auch die Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW zahlt in Windisch keine Steuern. Am geplanten Baustandort der Mittelschule in Windisch könnten Unternehmen angesiedelt werden. Stattdessen wird die Mittelschule geplant, welche auch eine öffentlich-rechtliche Anstalt ist, welche auch keine Steuern bezahlen wird. Darum würde ich beim Gemeinderat eher beantragen, dass dafür beim Kanton ein Sonder-Lastenausgleich beantragt werden soll. Dadurch können in Windisch keine Unternehmen angesiedelt werden. Das zweite Problem sind die Pflegerestkosten. Ich unterstütze die Idee, diese Kosten nicht mehr zu übernehmen. Es handelt sich dabei um ein nationales Gesetz. Von den Restkosten müssen die Privatpersonen, die Krankenkassen und die Gemeinden einen Betrag übernehmen. Während der Beitrag der Privatpersonen und der Krankenkasse gedeckelt ist, ist derjenige der Gemeinde offen. Es spielt keine Rolle, wenn Krankenkassen Millionengewinne erzielen oder wenn Privatpersonen Millionenvermögen haben. Die Beträge sind begrenzt und die Gemeinde muss die Restkosten einfach übernehmen. Dies erscheint als eine unfaire Lösung und die Gemeinde sollte sich diesbezüglich wehren. Es gibt Bestrebungen dazu auf nationaler Ebene, was allerdings Zeit in Anspruch nimmt. Ohne diese Pflegekosten hätte Windisch kein Problem. Wenn das Budget jetzt zurückgewiesen wird, lösen wir kein Problem, da ein Grossteil der Kosten gebundene nicht beeinflussbare Ausgaben sind. Auf der Einnahmenseite müssen Überlegungen gemacht werden, was gemacht werden kann bei den Landflächen, welche von öffentlich-rechtlichen Anstalten vom Kanton belegt sind, welche keine Steuern zahlen.

Reto Candinas, Gemeinderat (SP): Es scheint noch zu wenig bewusst, dass der Anstieg der gebundenen Kosten sehr gross ist. Die Gemeinde hat sehr grosse Ausgaben und nur ein kleiner Anteil davon kann beeinflusst werden. Der Anteil des beeinflussbaren Anteils wird dabei von Jahr zu Jahr kleiner. Es können jedes Jahr Einsparungen im beeinflussbaren Anteil gemacht werden. Dies ist positiv, hat jedoch nur

## Protokoll des Einwohnerrates

29. Oktober 2025

geringe Auswirkungen. Die Ausgaben befinden sich schon jetzt auf dem Minimum. Die Werterhaltung kann aktuell nicht ausreichend gemacht. Wir sind da im Hintertreffen und können noch weiter zurückfallen aber das Problem wird damit nicht gelöst. Im nächsten Jahr sind die gebundenen Kosten noch höher und die Einsparmöglichkeiten werden noch kleiner. Irgendwann wird dann der Punkt kommen, wo die Gemeinde nicht mehr handlungsfähig ist.

| Antrag offene Abstimmung   | Ja | Nein |
|--|----|------|
| <b>Rückweisungsantrag Heiko Loretan Kühnis (Die Mitte)</b><br><br>Das durch den Gemeinderat vorgelegte Budget 2026 ist zurückzuweisen. Dem Einwohnerrat ist im Verlauf des ersten Halbjahres 2026 eine neue Vorlage zu unterbreiten, in welcher der aktuell budgetierte Verlust von CHF 2'274'600 um mindestens CH 685'000 reduziert wird bei gleichbleibendem Steuerfuss von 115%.<br><br>Der Rückweisungsantrag wurde mit 21 Nein- zu 16 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> . | 16 | 21   |

### Detailberatung – nach Kostenstellen

Heiko Loretan Kühnis (Die Mitte): Die 52 Änderungsanträge, welche schon mehrfach erwähnt wurden, werden offiziell eingereicht. Wir haben bis heute Nachmittag an den Änderungen gesessen und euch diese im Anschluss verschickt. Die Anträge wurden in diversen Voten schon erwähnt. Dies bringt den Vorteil, dass über das Budget diskutiert wird. Um die Prozess-Ökonomie etwas zu fördern, können die blauen Anträge, für 10% Unterhaltsreduktion summarisch abgehandelt werden. Noch ein paar Bemerkungen zu einzelnen Anträgen:

- Antrag 1 ist ein symbolischer Beitrag von uns allen. Wir beantragen, dass wir auf 50% des Honorars vom Einwohnerrat verzichten. Es geht hierbei nicht um viel, aber es wäre eine symbolische Geste.
- Antrag 35 könnte mit einer moderaten Erhöhung der Eintrittspreise CHF 50'000 zusätzliche Einnahmen generieren. Für einen Lernenden wäre der Eintritt anstelle von CHF 4 bei CHF 5, was keine zu grosse Einbusse für den Einzelnen wäre.
- Antrag 42; Streichung des Ökobonus. Wir machen bei unseren Mietern, wer keinen Parkplatz braucht, bekommt das Halbtax bezahlt. Wir bieten dies privat an. Wenn das Geld aber nicht ausreicht, können diese Kosten nicht übernommen werden.
- Für die Lohnerhöhung ist 1% reserviert für die Teuerung 0,2%. Wir beantragen eine Lohnerhöhung der doppelten Teuerung. Dies wird beim Kanton auch so gehandhabt, dass die Teuerung doppelt ausgeglichen wird.
- Die Abschaffung des vergünstigten Reka-Checks, in der Höhe von CHF 11'000. Geschenke können gemacht werden, wenn das Geld dafür vorhanden ist.

Michèle George (SP): Jemand hat vorgebracht, dass wir bei Einzelstreichungen aufpassen müssen und die Konsequenzen nicht kennen. Einen Punkt der Liste habe ich ausgewählt. Man sagt, dass man keine Geschenke machen will für Jubiläen (Art. 20, Personalreglement). Dies könnte man sparen. Das Personalreglement steht aber über der Budgetdiskussion. Das Personalreglement kann von der Kompetenzregelung her nicht so geändert werden. Das Personalreglement ist ein rechtssetzender Erlass, welcher nicht einfach durch die Budget-Diskussion aufgehoben werden kann. In diesem Fall braucht es einen separaten formellen Beschluss. Wie hier gibt es noch einige Punkte, bei denen dies der Fall ist. Das Budget ist kein taugliches Mittel, um Reglemente anzupassen. Dies müsste in der Legislatur gemacht werden. Das Reglement hat Vorrang. Auch wenn der Betrag nicht im Budget ist, die Gemeinde muss sich an das Reglement halten und die Jubiläums-Prämie auszahlen. Hier wurde bei der Streichung nicht sauber gearbeitet. Dies birgt die Gefahr von Anfechtungs-Möglichkeiten. Wir haben bei der Schule gesehen,

## Protokoll des Einwohnerrates

29. Oktober 2025

was es kostet, wenn Entscheide angefochten werden. Schlussendlich kann es die Gemeinde teuer kommen, wenn ein Schnellschuss gemacht wird und die 52 Streichungen einfach umgesetzt werden. Ich bin noch nicht so lange im Einwohnerrat. Ich bin ein wenig schockiert. Es erscheint mir als purer Wahlkampf, dass man keine besseren Ideen hat als ein schockierendes Budget-Thema.

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Bei den 52 Anträgen möchte ich auf zwei Punkte hinweisen, welche möglicherweise nicht beachtet wurden.

- Alle Anträge, welche die HPS betreffen, haben keine Auswirkungen auf die Gemeinde. Die HPS ist eine eigene Rechnung, welche durch den Kanton finanziert wird. Dies betrifft die Anträge 28, 29, 30 und 31.
- Bei vielen Ausgaben sind Leistungsvereinbarungen oder Gemeindeverträge hinterlegt. Beispielsweise bei der Koordinationsstelle Alter haben wir Verträge, welche dies vorschreiben. In der Koordinationsstelle Alter übernehmen wir, aufgrund der Einwohnerzahl, 20% der Kosten. Wenn dies beachtet wird, würde aus dem Antrag keine Ersparnis entstehen. Einzelne Anträge hätten keine Auswirkungen.

Es ist wichtig, dass auch diese Rahmenbedingungen berücksichtigt werden. Wir haben Verträge, wir haben Leistungsvereinbarungen. Bei der Schule können auch nicht Leistungen einfach im Januar angepasst werden. Diese Verpflichtungen bestehen bis Ende Schuljahr.

Bei der Sanavita handelt es sich um an der GV gewählte Verwaltungsräte. Diese Personen sind bis zur GV Verwaltungsräte. Dann ist es dem neuen Gemeinderat überlassen, für alle Verwaltungsräte, wo ein Einsitz erlaubt ist, die entsprechenden Leute vorzuschlagen. Dies wird im Jahr 2026 ohnehin ändern, nach den Vorstellungen des neuen Gemeinderates.

Martin Gautschi (FDP): In der vergangenen Sitzung haben wir über die Habsburgstrasse beschlossen. Die Strasse ist zwar nicht mehr so schön aber die Sanierung könnte aufgeschoben werden. Es gibt wesentlich schlimmere Strassen, welche aber auch noch befahren werden können. Ich stelle den Antrag auf Verschiebung der Sanierung, um das Budget der Einwohnergemeinde im Moment zu entlasten.

*Der Verpflichtungskredit zur Sanierung der Habsburgstrasse wurde bereits angenommen. Es muss später ein Rückkommensantrag gestellt werden.*

Luzia Capanni (SP): Ich verstehe den Rückkommensantrag nicht. Die Kosten würden einfach zu einem späteren Zeitpunkt anfallen. In zwei Jahren wird der Eigenmietwert auf uns zurückfallen, das heisst es werden erneut 2,5 – 3 Steuereffizienzen auf der Einnahmenseite fehlen. Mit der eingerechneten Teuerung wird das ganze vermutlich auch teurer ausfallen. Es gibt Dinge, welche etwas aufgeschoben werden können, diese Kosten werden aber trotzdem auf uns zukommen. Es gibt Dinge, die erledigt werden müssen, wenn diese aufgeschoben werden, verschwinden diese nicht.

Anita Bruderer, Gemeinderätin (FDP): Es besteht eine gewisse Dringlichkeit bei der Habsburgstrasse. Das Behinderten-Gleichstellungsgesetz muss eingehalten werden. Die Bushaltestellen müssen zwingend umgebaut werden. Dafür sprechen auch die bestehenden Wasserrohrbrüche in der Habsburgstrasse. Auch wenn die Sanierung verschoben würde, müssten die Wasserrohrbrüche repariert werden.

### Diskussion Antrag 1 der 52 Änderungsanträge

Nadja Sträuli (GLP): Mit den neuen Löhnen des Gemeinderates wurde ein grosser Fehler verabschiedet. Dies war die Verantwortung des Einwohnerrates. Die FDP hat an vorderster Front, ihren zukünftigen Gemeinderäten extrem hohe Löhne bewilligt, welche ich nicht gerechtfertigt finde. Es hätten CHF 100'000 eingespart werden können. Bei den Einwohnerräten sollen nun CHF 4'000 eingespart werden,

## Protokoll des Einwohnerrates

29. Oktober 2025

nachdem bei den Gemeinderäten die Besoldung erhöht wurde. Eine Diskussion auf diesem Niveau sei eine Zeitverschwendung und nicht zielführend.

| Antrag offene Abstimmung   | Ja | Nein |
|--|----|------|
| <b>Antrag 1 der 52 Änderungsanträge</b>                                    |    |      |
| 0110.3000.01   |    |      |
| Betrag Budget: CHF 36'000<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 32'000          | 14 | 20   |
| Der Änderungsantrag wurde mit 20 Nein- zu 14 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> . |    |      |

### Diskussion Antrag 2 der 52 Änderungsanträge

Fabian Schütz (SVP): Der Betrag soll von CHF 25'000 auf 10'000 gekürzt werden. Eine Klausur könnte auch ohne Moderator durchgeführt werden, wie auch die Gemeinderatssitzungen. Diese Massnahme würde die externen Kosten entlasten. Eine Moderation wäre Aufgabe des Präsidenten oder der Präsidentin. Klausuren könnten anstelle jährlich auch alle zwei Jahre durchgeführt werden.

Anita Bruderer (FDP): Der Gemeinderat konnte mit externen Beratungen gute Erfahrungen sammeln und der Moderation der Klausur. Anfangs Legislatur wurde Teambildung und Leitsätze entwickelt. Mit einer professionellen Moderation ist es möglich, dass sich alle Gemeinderäte dem Inhalt und ihrer Rolle widmen können. Dies ist gerade zu Beginn möglich. So kann zielführend und strukturiert ein Plan entwickelt werden. In der nächsten Klausur sollte ein gezielter Strategie-Prozess gemacht werden. Der Fokus soll geschärft und Prioritäten festgelegt werden und mit der mittelfristigen Planung der finanziellen Möglichkeiten verknüpft werden. Es handelt sich um einen Prozess, welcher auch von den Leuten erwartet wird, welche das Budget zurückweisen wollten. Sie wünschen sich mehr strategische Klarheit und Prioritätensetzung. Das wollen wir im Gemeinderat auch anpacken. Darum bitten wir euch, diesen Punkt nicht zu streichen.

| Antrag offene Abstimmung   | Ja | Nein |
|--|----|------|
| <b>Antrag 2 der 52 Änderungsanträge</b>                                    |    |      |
| 0120.3132.00   |    |      |
| Betrag Budget: CHF 25'000<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 10'000          | 16 | 18   |
| Der Änderungsantrag wurde mit 20 Nein- zu 14 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> . |    |      |

### Diskussion Antrag 3 der 52 Änderungsanträge

Fabian Schütz (SVP): Es erscheint speziell, dass beim Einsitz im Verwaltungsrat vorgegriffen wurde, dass der Gemeinderat nicht mehr Einsitz nehmen wird. Bei der Sanavita müsse der Gemeinderat Einsitz im Verwaltungsrat nehmen. Dies wäre strategisch wichtig, da die Geschäfte der Sanavita der Gemeinde und den Steuerzahlern von Windisch schaden können. Da müssen wir hinschauen. Die GV der Sanavita sei der Gemeinderat, da die AG der Gemeinde gehört. Dieser Punkt müsse gestrichen werden.

## Protokoll des Einwohnerrates

29. Oktober 2025

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Hier geht es um den Einsitz im Verwaltungsrat der Sanavita. Der Gemeinderat hat schon länger die Vision, dass man nicht die Gemeinderäte in diese Verwaltungsräte delegiert, sondern die Organisationen mit eigener Strategie führt. Dort kann der Spielraum gesetzt werden, in welchem sich der Verwaltungsrat bewegen kann. Es gibt keinen Konflikt, dass ein Gemeinderat, welcher ein Verwaltungsrat-Mandat übernimmt, zwei Funktionen innehat. Wir mussten erfahren, dass es oft zu Diskussionen führen kann, was vor allem bei der Sanavita nicht gut war. Wir haben letztens Dave Roth in den Verwaltungsrat der Sanavita delegiert, da wir wissen, dass bauliche Massnahmen anstehen, wo er auch beratend mitwirken kann. Mit eigener Strategie hat es der Gemeinderat im Griff, den Spielraum dieser Organisationen festzulegen. Wir bitten den Entscheid zu akzeptieren. Der neue Gemeinderat kann dann wieder neu entscheiden. Unsere Strategie war es, dass die Interessen der beiden Ämter unterschieden werden können.

Fabian Schütz (SVP): Es erschliesst sich mir, warum es Reibereien gibt im Verwaltungsrat der Sanavita. Die externen Verwaltungsräte, welche keine Steuerzahler in Windisch sind, führen die Sanavita wie eine private AG, mit Gewinnbestrebungen. Wir als Standort des Sanavita und als Standort der Alterswohnungen, wo Leute angesiedelt werden, welche irgendwann zu Pflegefällen werden. Diese vielen Pflegefällen kosten die Gemeinde Windisch. Es ist ein potentieller Konflikt und ein guter Grund, weshalb die Politik zwingend in diesem Verwaltungsrat Einfluss nehmen muss.

Luzia Capanni (SP): Bedeutet die angesprochene Eignerstrategie, dass die Gemeinde Windisch festlegt, wie die Sanavita geführt wird und auch die Prioritäten für Neueintritte in die Sanavita oder die Alterswohnungen festgehalten werden. Welche Punkte werden in dieser Eignerstrategie festgehalten. Als Einwohnerräte haben wir keinen Einblick in dieses Mittel der Exekutive.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin: In der Eignerstrategie können Rahmen gesetzt werden. Beispielsweise wenn es um den Ausbau geht, ob man als Eigner einverstanden ist, dass Erweiterungsbauten gemacht werden. Dort kann auch festgelegt werden, in welchem Bereich die Erweiterungsbauten sein sollen. Nicht bei allen Kosten, welche in der Sanavita entstehen, muss die Gemeinde die Mehrkosten tragen. In der Sanavita gibt es den Pflegebereich und das Wohnen mit Dienstleistungen. Im Pflegebereich ist jeweils die vorherige Wohngemeinde zuständig für die Pflegekosten. Im Wohnungsbereich war der Gemeinderat öfter anderer Meinung im Verwaltungsrat. In diesem Bereich wird oft nur noch die Rente versteuert, was sich nicht mit den später anfallenden Pflegekosten ausgleicht. In diesem Bereich entstehen die Differenzen, was in der Vergangenheit immer wieder zu Diskussionen führte. Im Verwaltungsrat war dies jeweils eine schwierige Position, da die Gemeindeinteressen aber auch die Interessen als Verwaltungsrat vertreten werden müssen. Daher ist es auch wichtig, die Eignerstrategie klar zu formulieren. Diese kann bei Bedarf auch wieder angepasst werden, wenn Veränderungen bemerkt werden. Der Sitz im Verwaltungsrat kann dann extern besetzt werden. James Bruderer, der Verwaltungsrat der Spitex ist schon lange in diesem Gremium und es wird ein Austausch zwischen ihm und dem Gemeinderat gepflegt. Die Spitex hat auch eine Eignerstrategie, welche die Bereiche für die Wirkung des Verwaltungsrates festlegt. Es muss bewusst sein, dass als Standortgemeinde mit Verwaltungsrat und Gemeinderat bei Ausbauten ein Interessenkonflikt besteht. Dies betrifft nicht nur Wohnungsausbauten, sondern auch Parkierung, Beleuchtung etc. Als Verwaltungsrat und Gemeinderat ist man in diesen Fällen immer auf zwei Seiten. In der Eignerstrategie muss der Spielraum des Verwaltungsrates möglichst genau festgelegt werden.

| <b>Antrag offene Abstimmung</b>         | Ja | Nein |
|---|----|------|
| <b>Antrag 3 der 52 Änderungsanträge</b> |    |      |
| 0120.4260.00                            | 15 | 14   |

**Protokoll des Einwohnerrates**
**29. Oktober 2025**

|   |  |  |
|---|--|--|
| Betrag Budget: CHF 11'000<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 18'000         |  |  |
| Der Änderungsantrag wurde mit 15 Ja- zu 14 Ja-Stimmen <b>angenommen</b> . |  |  |

**Diskussion Antrag 4 der 52 Änderungsanträge**

Fabian Schütz (SVP): Bei dem CAS Arbeits- und Organisationspsychologie wurde der Gesamtbetrag von CHF 9'800 eingerechnet. Die Gemeinde müsste hier nicht mehr als die Hälfte übernehmen.

| <b>Antrag offene Abstimmung</b>  | Ja | Nein |
|--|----|------|
| <b>Antrag 4 der 52 Änderungsanträge</b>                                    |    |      |
| 0220.3090.00   |    |      |
| Betrag Budget: CHF 21'300<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 16'400          | 17 | 18   |
| Der Änderungsantrag wurde mit 18 Nein- zu 17 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> . |    |      |

**Diskussion Antrag 5 der 52 Änderungsanträge**

Heidi Ammon (SVP): Die e-Mittwirkung möchte der Gemeinderat weiterpflegen. Es handelt sich dabei um ein sehr wichtiges Instrument für Stellungnahmen. Als Beispiel bei der Habsburgstrasse wurden damit die Anstösser zum Ausbau angefragt und für Stellungnahmen angefragt. Die Kommunikation mit der Bevölkerung ist in diesem Bereich wichtig. Es handelt sich um einen partizipativen Prozess, welcher auf einfache Art möglich ist. Wir bitten darum, das gut genutzte Instrument beizubehalten.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Diese Position soll nicht gestrichen werden, sondern um CHF 12'000 gekürzt werden. Es geht nur um eine Reduktion, nicht um eine Streichung.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Entschuldigung, ich hatte einen anderen Antrag vor mir.

| <b>Antrag offene Abstimmung</b>   | Ja | Nein |
|---|----|------|
| <b>Antrag 5 der 52 Änderungsanträge</b>                                     |    |      |
| 0220.3130.01  |    |      |
| Betrag Budget: CHF 122'000<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 110'000         | 20 | 16   |
| Der Änderungsantrag wurde mit 16 Nein- zu 20 Ja-Stimmen <b>angenommen</b> . |    |      |

**Diskussion Antrag 6 der 52 Änderungsanträge**

Reto Candinas (SP): Die Schulraumplanung bildet eine sehr wichtige Grundlage, welche schon lange auch vom Einwohnerrat gefordert wurde. Es scheint klar, dass diese seriös begleitet werden muss. Eine pauschale Kürzung ohne Klarheit über die Auswirkungen erscheint fahrlässig. Es gibt eine Ausschreibung dafür und es werden Offerten eingeholt. Es ist klar, dass nicht einfach die teuerste Lösung gewählt wird, sondern die Beste. Eine pauschale Kürzung aus dem Nichts erscheint speziell. Planung & Bau ist die

## Protokoll des Einwohnerrates

29. Oktober 2025

grösste Abteilung der Gemeinde, mit den komplexesten Fachbereichen. Die Organisationsentwicklung und die Prüfung der Abläufe sind extrem wichtig. Roland Schneider wird in vier Jahren pensioniert. Daher ist es wichtig, dass diese jetzt in Angriff genommen wird, um die Nachfolge zu regeln. Jetzt muss geprüft werden, welche Abläufe optimiert werden können, was verbessert werden kann, um die Bereiche Hochbau oder Umwelt zu überprüfen. Ich bin überzeugt, dass dies Sinn macht und mit der Massnahme Einsparungen erzielt werden können, wenn diese Bereiche mit Experten optimiert werden. Es ist kein riesiger Auftrag aber ein sehr wichtiger Auftrag, diese Organisationsentwicklung zu überprüfen, bevor eine neue Person eingestellt wird. Es wäre sinnlos, dann festzustellen, dass eine Person mit einem anderen Profil benötigt worden wäre, aufgrund von Anpassungen.

Heiko Loretan Kühnis (Die Mitte): Der Gemeinderat sagt, dass eine Streichung der Schulraumplanung keinen Sinn macht, wenn man nicht weiss, worum es geht. Daher beantragen wir die Streichung, da wir nicht wissen, worum es geht. Dies soll im März als Kreditvorlage beantragt werden, wenn eine Endkostenprognose vorliegt und klar ist, worum es geht.

| <b>Antrag offene Abstimmung</b>  | Ja | Nein |
|--|----|------|
| <b>Antrag 6 der 52 Änderungsanträge</b>                                    |    |      |
| 0222.3132.00   |    |      |
| Betrag Budget: CHF 65'000<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 5'000           | 16 | 20   |
| Der Änderungsantrag wurde mit 20 Nein- zu 16 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> . |    |      |

### Diskussion Anträge 7, 8, 9, 19 – 24, 32 – 34, 45 der 52 Änderungsanträge

Reto Candinas, Gemeinderat (SP): Eine Reduktion des Unterhalts würde eine Einsparung von CHF 97'000 mit sich bringen, was nach einer sehr guten Summe scheint. Der Antrag geht davon aus, dass bei der Abteilung Planung & Bau einfach grosszügig Geld ausgegeben wird, obwohl nur das gemacht wird, was absolut notwendig ist und auch nur gestützt auf mehrere Offerten. Solche Streichungsanträge sind reine Willkür und ich verstehe nicht, was damit erreicht werden soll. Ich möchte daran erinnern, dass beim Unterhalt und bei der Werterhaltung ein Rückstand besteht. Mit dieser zusätzlichen Streichung würde der Zustand nur verschlimmert werden. Es handelt sich hier nicht um ein Sparprogramm. Schlussendlich würde das Ganze vermutlich teurer, wenn der Unterhalt immer länger aufgeschoben wird. Ich bitte darum, den Antrag abzulehnen.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat oder die Abteilung Planung & Bau, welche die Zahlen für das Budget liefern, noch nicht genau wissen, welche Unterhaltsarbeiten bei all den Liegenschaften notwendig sein werden. Es gibt Vermutungen, was eintreten könnte, vereinzelt gibt es vielleicht schon konkrete Fälle. Es handelt sich aber auch um einen provisorisch angenommenen Budget-Betrag. Die gekürzten 10% als Sparmassnahme scheinen realisierbar. Es stehen aktuell keine grösseren Renovationsarbeiten an. In diesem Fall könnte dem Einwohnerrat ein Kreditantrag vorgelegt werden, was auch meistens unterstützt wird. Bei dieser Position handelt es sich aber um geschätzte Beträge und noch keine Offerten.

Reto Candinas, Gemeinderat (SP): Es ist richtig, dass für die Unterhaltsarbeiten noch keine Offerten vorliegen, sondern es sich bei den Beträgen um Schätzungen handelt. Der Antrag möchte nun die geschätzten Beträge willkürlich reduzieren. Wenn diese Beträge nicht benötigt werden, würden diese Beträge auch nicht ausgegeben werden. In den vergangenen Jahren gab es sehr viel Nachtragskredite. Der

**Protokoll des Einwohnerrates**
**29. Oktober 2025**

grösste Anteil der Nachtragskredite stammte aus dem Bereich Unterhalt. Eine Kürzung hätte weitere Nachtrags-Anträge zur Folge. Dies würde einfach keinen Sinn ergeben.

Thomas Wernli (SP): Ich schlage vor, alle blauen Anträge zusammenzufassen. Es handelt sich um einen Grundsatzentscheid, ob um 10% gekürzt werden soll oder nicht. Ich habe das Vertrauen in das Budget, dass diese Beträge möglicherweise benötigt werden. Wenn nicht, glaube ich, dass die Beträge auch nicht verwendet werden. Im Wahlkampf zu sparen, scheint ein guter Vorschlag zu sein. Wenn in zwei Jahren Mehrkosten entstehen, als der Unterhalt gekostet hätte, dann müsste dies den Wählern auch erklärt werden.

Philipp Ammon (SVP): Ich knüpfe an das Votum von Thomas Wernli an. An der Infrastruktur zu sparen ist etwas vom sinnlosesten, was gemacht werden kann. Hier sind wir schon am Limit. Es ist ein Boomerang. Jede Generation gibt der nächsten eine Hypothek mit, wenn jetzt beim Unterhalt eingespart wird. Beispielsweise bei der Habsburgstrasse könnte dies statt jetzt auch erst in zehn Jahren gemacht werden. Dies benötigt dann das Geld aus der Investitionsrechnung. Wenn dann ein Wasserrohrbruch wäre, kommt ein Unternehmer, dieser gräbt ein Loch und repariert das. Die Kosten sind dann festgelegt, was nicht geändert werden könnte. Wenn die Ausgaben kontrolliert werden sollen, muss dies über den Unterhalt geregelt werden. Man kann sich aber auch überraschen lassen, welche Rechnung dann gestellt wird. Die blauen Anträge würde ich aber nicht unterstützen.

Martin Gautschi (FDP): In diesem Fall geht es darum Ziele zu setzen. Es geht immer darum, dass etwas nicht ginge oder realisiert werden kann. Als Unternehmer weiss ich, es ist ein Problem, dass der Staat eigentlich immer Geld hat. Wenn man aber kein Geld hat, muss man riskieren, die Positionen zu senken. Es kann sein, dass einige Positionen, dann etwas mehr kosten, andere etwas weniger. Dies muss ambitioniert angegangen werden und es muss das Ziel sein ein ausgeglichenes Budget zu erreichen. Irgendwo muss damit gestartet werden. Man kann immer Gründe suchen, warum dies nicht möglich sei. Jetzt ist aber der Moment, wo dies versucht werden muss. Die 10% Einsparungen wären möglich, wenn ein Wille dafür da ist.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Es gibt ein klassisches Beispiel, bei welchem nicht in die Immobilien investiert wurde. Beim Bossarthaus ist der Stand, dass grössere Beträge ausgegeben werden mussten. Ich vertraue der Verwaltung, dass nur das Geld verwendet wird, welches notwendig ist. In den letzten Jahren waren wir immer wieder froh, wenn die Verwaltung reagiert hat und Notfälle gegebenenfalls vorgezogen hat und andere Unterhaltsarbeiten aufgeschoben hat. Ganz genau ist der Bedarf an Investitionen nicht abgeschätzt, vom Volumen her wurde aber mehr im Budget bereitgestellt als verbraucht wurde. In Notsituationen müsste auch kein Kredit beim Einwohnerrat beantragt werden, da diese Arbeiten nicht aufgeschoben werden könnten. Aus Erfahrung weiss ich, dass die Verwaltung die Prioritäten richtig setzt. Wir bitten euch auch darum, darauf zu vertrauen.

| <b>Antrag offene Abstimmung</b>                                     | Ja | Nein |
|---|----|------|
| <b>Antrag 7, 8, 9, 19 – 24, 32 – 34, 45 der 52 Änderungsanträge</b> |    |      |
| Bei folgenden Konti Reduktion um 10%                                |    |      |
| 0290.3144.00  | 13 | 22   |
| Betrag Budget: CHF 142'650  |    |      |
| Betrag gemäss Antrag neu: CHF 128'385                               |    |      |
| 0291.3144.00  |    |      |

**Protokoll des Einwohnerrates**  
**29. Oktober 2025**

|   |  |  |
|---|--|--|
| Betrag Budget: CHF 13'650<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 12'285<br><br>0292.3144.00<br><br>Betrag Budget: CHF 15'500<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 13'950<br><br>2170.3144.00<br><br>Betrag Budget: CHF 67'400<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 60'660<br><br>2171.3144.00<br><br>Betrag Budget: CHF 215'650<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 194'085<br><br>2172.3144.00<br><br>Betrag Budget: CHF 15'000<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 13'500<br><br>2173.3144.00<br><br>Betrag Budget: CHF 104'900<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 94'410<br><br>2174.3144.00<br><br>Betrag Budget: CHF 119'480<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 107'532<br><br>2175.3144.00<br><br>Betrag Budget: CHF 27'700<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 24'930<br><br>2201.3144.00<br><br>Betrag Budget: CHF 174'200<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 156'780<br><br>3410.3144.00<br><br>Betrag Budget: CHF 20'270<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 18'243<br><br>3411.3144.00 |  |  |
|---|--|--|

**Protokoll des Einwohnerrates**  
**29. Oktober 2025**

|  |  |  |
|--|--|--|
| Betrag Budget: CHF 49'500<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 44'550<br><br>7716.3144.00<br><br>Betrag Budget: CHF 10'000<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 9'000<br><br>Die Änderungsanträge wurde mit 22 Nein- zu 13 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> . |  |  |
|--|--|--|

**Diskussion Anträge 10 der 52 Änderungsanträge**

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Bei der City-Patrouille besteht ein Vertrag. Dieser besteht mit dem Zentrum, mit der Stadt Brugg, mit der Fachhochschule etc. Ein Einstieg von der City-Patrouille würde einen Vertragsbruch von Seite der Gemeinde Windisch mit sich bringen. Es liegt eine Vereinbarung über diese Leistungen vor. Hier gilt es anzumerken, dass die Patrouille Gesellschaft was anderes ist. Diese ist ab nächstem Jahr nicht mehr budgetiert. Das Thema mit den Überwachungskameras hat der Gemeinderat lange beraten und sehr genau mit der Datenschützerin geprüft. Dieses Reglement wurde vom Gemeinderat verabschiedet, dass die Kantonspolizei mit der Regionalpolizei zusammen dieses Pilotprojekt mit den Überwachungskameras umsetzen kann.

Fabian Schütz (SVP): In diesem Fall müsste der nächste Kündigungstermin des Vertrages bekannt sein, damit der Betrag angepasst werden kann. Kein Vertrag ist unbefristet für immer. Beim Thema Kamera hätte ich mir zudem gewünscht, dass dies im Einwohnerrat behandelt wird, da dies die Leute sehr beschäftigt.

Luzia Capanni (SP): Bei den Überwachungskameras handelt es sich um ein Pilotprojekt oder einen Versuch. Wie lange dauert diese Phase und worauf wurde evaluiert? Startet man hier im Blindflug und evaluiert man später was anderes.

Marco Wächter, Verwaltungsleiter: Das Kamera-Reglement, das Überwachungsreglement, wurde kürzlich vom Gemeinderat verabschiedet. Daraufhin hat die Datenschützerin dies genehmigt. In einem nächsten Schritt wird dies 30 Tage öffentlich aufgelegt, das heisst die ganze Bevölkerung und auch der Einwohnerrat haben die Möglichkeit Rückmeldungen zu geben oder Einsprachen zu machen, so wie das vorgesehen ist. Die Pilotphase mit dem Kanton hängt auch zusammen mit dem Datenschutz. Es liegt im Interesse des Kantons und auch der Regionalpolizei, dass nur die Behörde Zugriff hat auf die Daten hat, welche diese schlussendlich auch benötigt. Das heisst schlussendlich ist dies die Regionalpolizei welche die Kameras betreibt und die Kantonspolizei, welche die ganze Infrastruktur zur Verfügung stellt und das Datenschutzkonzept mit uns erarbeitet. So will man sicherstellen, dass nicht irgendwer Zugriff hat. Dies wird auch genau von der Datenschützerin überprüft. Diese Aufgabe wird seriös übernommen und es liegt eine Lösung vor, welche als vertretbar angeschaut wird. Schlussendlich ist dies auch eine politische Sache. Die Zuständigkeit dafür liegt aber klar beim Gemeinderat, für dieses Reglement. Dies wurde auch bei der Datenschützerin abgeklärt, dass dies keine Aufgabe des Einwohnerrates ist. Dies wurde stufengerecht beim Gemeinderat verabschiedet.

| <b>Antrag offene Abstimmung</b>          | Ja | Nein |
|--|----|------|
| <b>Antrag 10 der 52 Änderungsanträge</b> |    |      |
| 1110.3130.01                             | 14 | 18   |

**Protokoll des Einwohnerrates**

**29. Oktober 2025**

|   |  |  |
|---|--|--|
| Betrag Budget: CHF 31'020<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 13'020         |  |  |
| Der Änderungsantrag wurde mit 18 Nein- zu 14 Ja-Stimmen <b>abgelehnt.</b> |  |  |

**Diskussion Antrag 11 der 52 Änderungsanträge**

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): In Windisch gibt es einen Waldkindergarten. Dieser befindet sich zentral in den Quartieren. Diesen Waldkindergarten besuchen Kinder aus ganz Windisch. Der Schulbus holt diese Kinder an bestimmten Stellen ab und bringt diese wieder zurück. Ansonsten wären die Wege und Distanzen zu gross.

Luzia Capanni (SP): Nach meiner Erinnerung gab es vor zwei Jahren schon die Diskussion, ob man den Kindergarten-Bus weiterhin anbieten will oder nicht. Dabei geht es um die Löhne des Fahrers oder der Fahrerin des Buses. Meiner Erinnerung nach gab es damals ein klares Resultat, dass man diesen Bus weiter anbieten möchte. Gemäss dem damaligen Votum geht es darum, dass kleine Kinder im Alter von vier bis fünf Jahren nicht den Weg vom Unterdorf in den Waldkindergarten zweimal täglich machen. Wenn ihr der Meinung seid, dass eure Kinder dies machen sollen, stimmt diesem Antrag zu, ansonsten empfehle ich diesen abzulehnen.

| <b>Antrag offene Abstimmung</b>   | Ja | Nein |
|---|----|------|
| <b>Antrag 11 der 52 Änderungsanträge</b>                                  |    |      |
| 2110.3010.00  |    |      |
| Betrag Budget: CHF 9'000<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 0               | 10 | 22   |
| Der Änderungsantrag wurde mit 22 Nein- zu 10 Ja-Stimmen <b>abgelehnt.</b> |    |      |

**Diskussion Antrag 12, 13 der 52 Änderungsanträge**

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Im Waldkindergarten besteht die Möglichkeit Zivildienstleistende zu beschäftigen. Dies ist simpel: Wenn wir diese Zivildienstleistenden nicht haben, müsste eine Lehrperson mehr angestellt werden. Der Umfang ist jedoch nicht ganz klar. Dies wäre auch die Folge des nächsten Antrages. Wenn man Zivildienstleistende beschäftigt, ist man dazu verpflichtet, diese Spesen zu vergüten. Dies kann nicht einfach abgelehnt werden. Hier gibt es eine klare Regelung. Zivildienstleistende sind als Unterstützung der Lehrpersonen gerade im Waldkindergarten sehr wertvoll.

| <b>Antrag offene Abstimmung</b>                                   | Ja | Nein |
|---|----|------|
| <b>Antrag 12 und 13 der 52 Änderungsanträge</b>                   |    |      |
| 2110.3130.01  |    |      |
| Betrag Budget: CHF 26'000<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 12'000 | 8  | 25   |
| 2110.3170.01  |    |      |

**Protokoll des Einwohnerrates**
**29. Oktober 2025**

|   |  |  |
|---|--|--|
| Betrag Budget: CHF 9'000  |  |  |
| Betrag gemäss Antrag neu: CHF 0   |  |  |
| Der Änderungsantrag wurde mit 25 Nein- zu 8 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> . |  |  |

**Diskussion Antrag 14-18, 25 der 52 Änderungsanträge**

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Ich verstehe diesen Antrag. Es handelt sich um einen geschätzten Betrag, welcher eingesetzt wurde. Die Konsequenz aus einer Streichung wäre aber nicht absehbar. Ohne Grundbetrag würden alle verantwortlichen Leute handlungsunfähig, da für jede Beschaffung ein Antrag gestellt werden müsste. Eine Werklehrerin beispielsweise, müsste wenn sie zwei Bohrer ersetzen will, einen Antrag schreiben, da kein Grundbetrag vorhanden wäre. Mit dem Grundbetrag werden die Leute handlungsfähig gemacht. Hier geht es nicht um grosse Anschaffungen, sondern nur um Kleinanschaffungen, wenn diese notwendig sind. Dies ist eine sinnvolle Budgetierung der Schule, dass pro Aufgabe ein kleiner Betrag von CHF 1'000 pro Raum eingesetzt ist, dass dieser für kleine Anschaffungen genutzt werden könnte. Dies ist der Sinn des Grundbetrages, dass die Leute handlungsfähig sind und arbeiten können. Alle grösseren Anschaffungen müssen beantragt werden. Dafür gibt es auch klare Budget-Vorgaben, wann dies geschehen muss. Auf dieses Budget wurden keine grossen Eingaben gemacht. Lasst die Leute handlungsfähig sein und belastet diese Beträge bitte im Budget.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Die Zusammenfassung der Positionen 14, 15, 16, 17 und 18 sorgt etwas für Verwirrung. Auf CHF 0 reduziert würden nur die Positionen 14 und 15. Bei den Positionen 16, 17 und 18 wäre nur eine kleine Reduktion geplant, keine komplette Streichung. Daher sollte nicht gemeinsam darüber abgestimmt werden.

Fabian Schütz (SVP): Ich bin auch froh um eine Besprechung im Globo wäre aber um eine separate Abstimmung froh. Für das Mobiliar waren in diesem Jahr CHF 210'000 für Anschaffungen budgetiert. Dies sind alle Konten, welche in der Mitte ein 3210 haben. Das sind CHF 90'000 mehr als in der Rechnung 2024. Der Grund sind grössere Anschaffungen von Stühlen und Bänken in der Schule. Diese Beschaffungen bestreiten wir nicht. Aus unserer Sicht sollten im gleichen Konto, wo auch der Grundbetrag vorhanden ist, im Jahr wo schon Anschaffungen geplant sind auf den Grundbetrag verzichtet werden.

Reinhold Brand, Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FDP): Im Bericht der FiGPK zur Rechnung 2024 wurde angemerkt, dass der Gemeinderat im Jahr 2024 21 Nachtragskredite zulasten der Erfolgsrechnung der Einwohnergemeinde im Rahmen von CHF 500'000 bewilligt hatte. Auch bei Streichungen in diesem Bereich, könnte der Gemeinderat jederzeit Nachtragskredite sprechen aus Dringlichkeit. Die Streichungen würden dann wieder dahinschmelzen.

Isabelle Schneider (Grüne): Wenn beispielsweise ein Bohrer im Werkunterricht kaputt wäre. Welcher Aufwand würde für die Verwaltung entstehen, wenn dieser Ersatz nicht budgetiert wäre. Wie wäre dann unsere Organisations- und Kompetenzmatrix. Würde dies bedeuten, dass die Lehrperson einen Antrag an die Schulleitung stellen muss und die Schulleitung müsste einen Antrag an den Gemeinderat stellen?

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Wenn etwas budgetiert wäre, ginge der Betrag von dieser Position weg. Die Lehrperson würde einen Antrag an die SLK stellen, diese würde diesen behandeln. Wenn dieser in Ordnung ist, würde ein Antrag der Schulverwaltung an den Gemeinderat erfolgen und der Gemeinderat würde darüber beschliessen und einen Nachtragskredit sprechen. Dieser Ablauf wäre zwingend.

Isabelle Schneider (Grüne): Dies Streichung würde also zu einem Mehraufwand sowohl bei der Schulleitung, als auch beim Gemeinderat führen, wenn für jede kleine Anschaffung ein Antrag gemacht werden

**Protokoll des Einwohnerrates**
**29. Oktober 2025**

würde, ohne ein vorhandenes Grundbudget. Wir wollten die Verwaltung entlasten und nun sollen die Gemeinderäte mit den ohnehin knappen Pensen noch zusätzlich belastet werden.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): In den Positionen 16, 17 und 18 sind immer noch nahezu CHF 60'000 vorhanden. Diese Positionen würden gekürzt werden und es wären immer noch Anschaffungen möglich. Es geht nur um Kürzungen und keine kompletten Streichungen. Dies ist in allen Schulhäusern der Fall.

Fabian Schütz (SVP): Bei den beschriebenen Szenarien handelt es sich um überspitzte Darstellungen und keine realistischen Szenarien.

Mirjam Aebischer (SP): Ich spreche zu der Verantwortung der Personen, welche das Geld ausgeben. Im Detailbudget bei der Position 2120.3110.20, Anschaffung Schulmobiliar Schulhaus Dorf. Hier ist ersichtlich, dass ein Betrag von CHF 4'000 eingesetzt wurde. In vergangenen Jahren wurde aber selten der gesamte Betrag benötigt. Gemäss den Vorjahren wurden mal CHF 600 oder CHF 1'000 benötigt. Es wurde von der Verantwortung von einzelnen Personen gesprochen. Diese Verantwortung geht auch an die Personen, welche die Ausgaben mit Verstand einsetzen. Ich appelliere daran, den Antrag abzulehnen.

| <b>Antrag offene Abstimmung</b>   | Ja | Nein |
|---|----|------|
| <b>Antrag 14 der 52 Änderungsanträge</b><br><br>2120.3110.20<br><br>Betrag Budget: CHF 4'000<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 0<br><br>Der Änderungsantrag wurde mit 21 Nein- zu 11 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> .       | 11 | 21   |
| <b>Antrag 15 der 52 Änderungsanträge</b><br><br>2120.3110.21<br><br>Betrag Budget: CHF 3'000<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 0<br><br>Der Änderungsantrag wurde mit 21 Nein- zu 11 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> .       | 11 | 21   |
| <b>Antrag 16 der 52 Änderungsanträge</b><br><br>2120.3110.22<br><br>Betrag Budget: CHF 6'910<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 2'910<br><br>Der Änderungsantrag wurde mit 22 Nein- zu 15 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> .   | 15 | 22   |
| <b>Antrag 17 der 52 Änderungsanträge</b><br><br>2130.3110.02<br><br>Betrag Budget: CHF 59'800<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 48'800<br><br>Der Änderungsantrag wurde mit 22 Nein- zu 15 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> . | 15 | 22   |

**Protokoll des Einwohnerrates**
**29. Oktober 2025**

|   |    |    |
|---|----|----|
| <b>Antrag 18 der 52 Änderungsanträge</b><br><br>2130.3110.03<br><br>Betrag Budget: CHF 59'800<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 52'800<br><br>Der Änderungsantrag wurde mit 22 Nein- zu 15 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> . | 15 | 22 |
| <b>Antrag 25 der 52 Änderungsanträge</b><br><br>2190.3110.00<br><br>Betrag Budget: CHF 6'470<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 5'720<br><br>Der Änderungsantrag wurde mit 21 Nein- zu 14 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> .   | 14 | 21 |

**Diskussion Antrag 26 der 52 Änderungsanträge**

Keine Voten.

| <b>Antrag offene Abstimmung</b>  | Ja | Nein |
|--|----|------|
| <b>Antrag 26 der 52 Änderungsanträge</b><br><br>2194.3090.00<br><br>Betrag Budget: CHF 18'870<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 5'000<br><br>Der Änderungsantrag wurde mit 16 Nein- zu 13 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> . | 13 | 16   |

**Diskussion Antrag 27 der 52 Änderungsanträge**

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Die Argumentation ist richtig, dass dies im Kompetenzbereich der Lehrerschaft ist. Die Umsetzung muss aber, sauber koordiniert, in der ganzen Schule und in jeder Klasse vorgenommen werden. Es muss eine gute Grundlage geben. Dafür ist die Schulsozialarbeit da, um diese Themen aufzunehmen und in der ganzen Stufe von der 3. bis zur 9. Klasse sauber abzubilden und die Lehrer darin zu unterstützen. Ich durfte an einem Abend zum Thema Medien teilnehmen. Dies war sehr eindrücklich. Beispielsweise vom ganzen Schulhaus Rüteneben haben alle Schüle am gleichen Thema teilgenommen und nicht jeder Lehrer hat das Thema in der Klasse angesprochen. Dies ist sehr wertvoll und wir haben es in diesem Umfang ins Budget aufgenommen, von welchem wir glauben, dass es angemessen ist. So soll die Unterstützung der Lehrpersonen in diesen Themen gewährleistet werden können.

Martin Gautschi (FDP): Es gibt Dinge, welche notwendig sind und andere, welche wünschenswert sind. Bei dem vorliegenden Budget wo gespart werden sollte, kann der Betrag bei Dingen welche nicht zwingend sind, mit gutem Gewissen gestrichen werden.

| <b>Antrag offene Abstimmung</b>          | Ja | Nein |
|--|----|------|
| <b>Antrag 27 der 52 Änderungsanträge</b> | 17 | 20   |

**Protokoll des Einwohnerrates**  
**29. Oktober 2025**

|  |  |  |
|--|--|--|
| 2194.3130.01   |  |  |
| Betrag Budget: CHF 21'500<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 11'000          |  |  |
| Der Änderungsantrag wurde mit 20 Nein- zu 17 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> . |  |  |

**Diskussion Antrag 28, 29, 30 und 31 der 52 Änderungsanträge**

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Wie schon kurz erwähnt handelt es sich bei der HPS um eine eigene Rechnung. In diesem Fall wird eine Spezial-Rechnung geführt. Die Rechnung ist in der Gemeinderechnung jeweils ausgeglichen, da der Kanton die Ausgaben der HPS finanziert. Selbstverständlich muss von der Gemeinde beim Kanton angefragt werden, wenn es um das Gebäude geht, ob dies in Ordnung ist. Es ist aber nicht so, dass über die HPS Geld in die Gemeinderechnung eingenommen werden kann. Die Anträge 28, 29, 30 und 31 sind in der Gemeinderechnung sichtbar, haben aber keine Auswirkung auf das Ergebnis der Gemeinderechnung.

Heiko Loretan Kühnis (Die Mitte): Die Anträge werden zurückgezogen.

| <b>Antrag offene Abstimmung</b>                                   | Ja | Nein |
|---|----|------|
| <b>Antrag 28 der 52 Änderungsanträge</b>                          |    |      |
| 2201.3090.00  |    |      |
| Betrag Budget: CHF 42'500<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 24'000 |    |      |
| Der Änderungsantrag wurde <b>zurückgezogen</b> .                  |    |      |
| <b>Antrag 29 der 52 Änderungsanträge</b>                          |    |      |
| 2201.3099.00  |    |      |
| Betrag Budget: CHF 17'950<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 15'750 |    |      |
| Der Änderungsantrag wurde <b>zurückgezogen</b> .                  |    |      |
| <b>Antrag 30 der 52 Änderungsanträge</b>                          |    |      |
| 2201.3100.00  |    |      |
| Betrag Budget: CHF 10'000<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 2'500  |    |      |
| Der Änderungsantrag wurde <b>zurückgezogen</b> .                  |    |      |
| <b>Antrag 31 der 52 Änderungsanträge</b>                          |    |      |
| 2201.3101.00  |    |      |
| Betrag Budget: CHF 23'700<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 20'000 |    |      |

**Protokoll des Einwohnerrates**  
**29. Oktober 2025**

|  |  |  |
|--|--|--|
| Der Änderungsantrag wurde <b>zurückgezogen</b> . |  |  |
|--|--|--|

**Diskussion Antrag 35 der 52 Änderungsanträge**

Alex Heinemann (FDP): Ich bedanke mich bei Heiko und den übrigen Antragsstellern für die gemachten Überlegungen. Ich finde diese sehr spannend. Ich finde auch interessant, dass die Personen, welche alle Anträge ablehnen, keinen einzigen Sparantrag geliefert haben. Bitte überlegt euch, wo wir sparen können, da ein Defizit von CHF 2,3 Mio. besteht.

Reto Candinas, Gemeinderat (SP): Es besteht die Möglichkeit beim Freibad Heumatten die Eintrittspreise zu erhöhen. Dieser Entscheid muss hier gefällt werden. Ich erinnere daran, dass wir in diesem Jahr die Parkplatzgebühren erhoben haben, was schon zu Reklamationen geführt hat. Einzelne Leute haben schon gesagt, dass sie bald nach Brugg gehen werden. Dies ist ein Spielraum, über welchen ihr unter dieser Abwägung entscheiden müsst.

Heiko Loretan Kühnis (Die Mitte): Es gibt viele Orte, wo Parkplatzgebühren erhoben werden und die Leute trotzdem hingehen. Hier handelt es sich um zwei Dinge, welche nicht vermischt werden dürfen. Parkplatzgebühren gehören Stand heute dazu.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Bisher wurden nur die Preise der Einzeleintritte erwähnt. Eine Erwachsene Person aus Windisch kann für CHF 110 den ganzen Sommer baden gehen. Dieser Betrag könnte auch um CHF 10 oder CHF 20 angehoben werden. Es handelt sich dabei immer noch um gute Preise. In Brugg sind Parkplatzgebühren auch schon länger Thema und es wäre möglich, dass dort Gebühren eingeführt werden. Es geht nicht nur darum, den Einzeleintrittspreis anzuheben, sondern auch die Abonnemente. Eine Familie kann mit egal wie vielen Kindern ein Abonnement für CHF 180 erwerben. Im Hinblick auf den defizitären Badebetrieb könnte der Betrag auch auf CHF 200 aufgerundet werden, auch wenn dies gewisse Familien trifft.

| <b>Antrag offene Abstimmung</b>  | Ja | Nein |
|--|----|------|
| <b>Antrag 35 der 52 Änderungsanträge</b>                                   |    |      |
| 3411.4240.00   |    |      |
| Betrag Budget: CHF 180'000<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 230'000        | 27 | 8    |
| Der Änderungsantrag wurde mit 27 Ja- zu 8 Nein-Stimmen <b>angenommen</b> . |    |      |

**Diskussion Antrag 36 der 52 Änderungsanträge**

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Windisch ist Trägergemeinde der Koordinationsstelle Alter Region Brugg. Dieser Koordinationsstelle sind 9 Gemeinden angeschlossen. Dieser Fahrdienst gehört zu einer der wichtigeren Aufgaben dieser Koordinationsstelle. Es geht um mehrere Hundert Fahrten jährlich, welche koordiniert werden müssen. Dies wurde bis vor ca. 1,5 Jahren von der Leiterin Renate Trösch erledigt, was aber nicht mehr machbar war. Diese Fahrten sind für die ältere Bevölkerung ein wichtiger Teil für ihre Mobilität. Wir konnten diese Fahrten für einen sehr bescheidenen Preis extern vergeben. Frau Wehrli macht dies zurzeit und zeigt dabei sehr viel Goodwill. Wenn dies selber koordiniert werden soll, müssen

## Protokoll des Einwohnerrates

29. Oktober 2025

dafür wieder Ressourcen geschaffen werden. Für die Koordinationsstelle Alter zahlt Windisch einen Betrag von CHF 21'500. Dies ist der Anteil pro Bewohnende und dieser Betrag deckt viele Aufgaben ab. Eine Streichung oder Änderung dieser Position würde eher zu einer Verteuerung führen.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Auch bei dieser Position geht es nicht um eine Streichung. Hier muss noch korrigiert werden, dass eine Einsparung von CHF 8'000 entstehen würde. Hier könnte gegebenenfalls umgesetzt werden, dass Leute gesucht werden, welche dies ehrenamtlich machen, wie bei Dixi-Taxi oder Rollstuhl-Fahrdienst. Diese Personen würden sich möglicherweise finden lassen, damit die CHF 8'000 reduziert werden könnten.

| Antrag offene Abstimmung   | Ja | Nein |
|--|----|------|
| <b>Antrag 36 der 52 Änderungsanträge</b>                                   |    |      |
| 5351.3010.00   |    |      |
| Betrag Budget: CHF 66'000<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 58'000          | 11 | 20   |
| Der Änderungsantrag wurde mit 20 Nein- zu 11 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> . |    |      |

### Diskussion Antrag 37 der 52 Änderungsanträge

Keine Voten.

| Antrag offene Abstimmung   | Ja | Nein |
|--|----|------|
| <b>Antrag 37 der 52 Änderungsanträge</b>                                   |    |      |
| 5790.3090.00   |    |      |
| Betrag Budget: CHF 19'000<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 10'000          | 16 | 19   |
| Der Änderungsantrag wurde mit 19 Nein- zu 16 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> . |    |      |

### Diskussion Antrag 38 der 52 Änderungsanträge

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Das Thema sprachliche Frühförderung wurde vom Kanton aktiv bearbeitet. Der Einwohnerrat der Gemeinde Windisch hat zugesagt, dass diese sprachliche Frühförderung in Windisch gestartet wird im Umfang von CHF 30'000 pro Jahr. Wir wissen, dass jährlich 20 bis 30 Kinder in diesen Kurs aufgenommen werden können. Aus dem Bericht des Kantons wissen wir, dass über die Hälfte der Kinder, welche in den Kindergarten eintreten ein grösseres Manko haben, in der Sprache aber auch wie sie sich in einer Gruppe verhalten. Wir liessen dies über die Kindergärtnerinnen nachprüfen, auch über die Personen, welche die Kurse anbieten. Das Resultat ist sehr schön. Aus dem Kindergarten bekommen wir zurückgemeldet, dass die Ergebnisse deutlich besser sind, wenn die Kinder in der KiTa oder der sprachlichen Frühförderung sind. Im Kindergarten kann klar unterschieden werden, welche Kinder vorher schon Unterstützung hatten und gut in den Schulalltag starten können. Es ist entscheidend, dass Kinder gut in den Alltag starten können. Pro Kind geben wir ca. CHF 1'000 bis CHF 1'200 aus pro Jahr. Morgen kommt eine Aussengemeinde nach Windisch, welche das auch einführen will. Wir haben die regionale Integrationsfachstelle in Brugg. Diese Stelle wird für alle Gemeinden (Brugg, Windisch, Birr, Villnachern), welche ihr angeschlossen sind, im nächsten Frühling die Sprachstandserhebungen

**Protokoll des Einwohnerrates**
**29. Oktober 2025**

durchführen, welche der Kanton voraussetzt. Aus diesen Sprachstandserhebungen wird klar sein, welche Kinder von einer Frühförderung profitieren konnten. Es handelt sich um eine sehr gezielte Massnahme, welche den Kindern später auch einen grossen Nutzen bringt. Daher wäre es schade, wenn dies nicht weitergeführt werden kann. Dies ist auch ein Thema welches bis Ende Schuljahr läuft, erst dann gibt es wieder einen Wechsel. Wir kennen den Nutzen in Windisch, auch beim Kanton ist der Nutzen bekannt. Der Kanton möchte das Thema im 2028 umsetzen.

| <b>Antrag offene Abstimmung</b>  | Ja | Nein |
|--|----|------|
| <b>Antrag 38 der 52 Änderungsanträge</b>                                   |    |      |
| 5791.3130.01   |    |      |
| Betrag Budget: CHF 108'000<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 73'000         | 11 | 24   |
| Der Änderungsantrag wurde mit 24 Nein- zu 11 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> . |    |      |

**Diskussion Antrag 39 der 52 Änderungsanträge**

Heiko Loretan Kühnis (Die Mitte): Ich ziehe den Antrag zurück.

| <b>Antrag offene Abstimmung</b>   | Ja | Nein |
|---|----|------|
| <b>Antrag 39 der 52 Änderungsanträge</b>                                  |    |      |
| 5791.3160.00  |    |      |
| Betrag Budget: CHF 11'600<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 8'000          |    |      |
| Der Änderungsantrag wurde von Heiko Loretan Kühnis <b>zurückgezogen</b> . |    |      |

**Diskussion Antrag 40 der 52 Änderungsanträge**

Anita Bruderer, Gemeinderätin (FDP): Das Schlegelmulchgerät kann vor den Traktor gespannt werden. Damit kann gleichzeitig gemäht und gemulcht werden. Dieses Gerät ist kein grosser Luxus, sondern eine Investition in die Sicherheit und die Effizienz. Bis heute sind vier Personen beschäftigt beim Mähen. Sie machen es von Hand. Eine Person sichert den Verkehr, jemand lädt, eine andere Person steuert den Verkehr. Die Arbeit ist mit Gefahren verbunden. Wir bitten euch den Antrag abzulehnen, damit die Bauamtsmitarbeiter bei der Arbeit sicher sind und mehr Effizienz erreichen können, mit einer Einsparung von zwei bis drei Personen. Diese Personen können für andere Arbeiten eingesetzt werden.

| <b>Antrag offene Abstimmung</b>   | Ja | Nein |
|---|----|------|
| <b>Antrag 40 der 52 Änderungsanträge</b>                                  |    |      |
| 6150.3111.00  |    |      |
| Betrag Budget: CHF 11'400<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 0              | 8  | 22   |
| Der Änderungsantrag wurde mit 22 Nein- zu 8 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> . |    |      |

**Protokoll des Einwohnerrates**
**29. Oktober 2025**
**Diskussion Antrag 41 der 52 Änderungsanträge**

Keine Voten.

| <b>Antrag offene Abstimmung</b>  | Ja | Nein |
|--|----|------|
| <b>Antrag 41 der 52 Änderungsanträge</b><br><br>6150.3132.00<br><br>Betrag Budget: CHF 25'000<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 15'000<br><br>Der Änderungsantrag wurde mit 19 Ja- zu 18 Nein-Stimmen <b>angenommen</b> . | 19 | 18   |

**Diskussion Antrag 42 der 52 Änderungsanträge**

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Diese Ausgaben sind in einem Reglement festgehalten und würden eine Änderung des Reglements mit sich bringen. Der Ökobonus ist mit unserem Mobilitäts-Management verbunden, mit dem erst kürzlich genehmigten Parkierungsreglement verbunden. Mit der Anschaffung würde man auf Probleme stossen. Wir bitten in diesem Bereich um Unterstützung, auch im Bereich von Klima-Themen. Es ist wichtig, dass das Personal dazu motiviert wird, nach Möglichkeit nicht mit dem Auto zur Arbeit zu kommen. Wir bitten darum, den Antrag abzulehnen.

Tim Ottiger (SVP): Im Parkierungsreglement gibt es einen Ökobonus für die Mitarbeitenden, obwohl man über  $\frac{2}{3}$  aller Parkplätze für die Gemeindemitarbeiter reserviert hat. Man könnte diese Parkplätze der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen oder den Ökobonus streichen.

Ueli Widmer (SP): Gemäss den Ausführungen haben die Angestellten einen Anspruch auf den Ökobonus, gemäss den rechtlichen Grundlagen, welche wir geschaffen haben. In diesem Fall können wir nicht einfach beschliessen, dass wir dies nicht auszahlen. Es besteht in Folge davon die Möglichkeit, die Rechtsgrundlagen zu ändern.

Heiko Loretan Kühnis (Die Mitte): Ist der Punkt im Personalreglement festgehalten? Was braucht es, damit dies angepasst werden kann?

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Das Mobilitätsmanagement wird nicht nur von der Gemeinde geführt. Von den grossen Betrieben wird auch erwartet, dass ein Mobilitätsmanagement geführt wird. Es scheint unglaubwürdig, wenn die Gemeinde dies schon lange pflegt und nun streichen würde.

Heiko Loretan Kühnis (Die Mitte): Ich arbeite auch in einer Verwaltung. Beim Kanton haben wir dies nicht.

Marco Wächter, Verwaltungsleiter: Der Ökobonus ist im Mobilitäts- und Parkierungsreglement für Mitarbeitende der Gemeinde enthalten, als ein wesentlicher Bestandteil dieses Reglements. Dieses Reglement gibt es seit 13 Jahren. Dieses Reglement ist auch Bestandteil der Anstellungsverträge der Mitarbeitenden. Bei der Erstellung eines Anstellungsvertrages mit den Mitarbeitenden ist dieses Reglement ein Bestandteil davon. Wenn der Einwohnerrat dies anpassen will, kann ein Vorstoss gemacht werden. Dann würde eine saubere Auslegeordnung gemacht werden, dass dies im Einwohnerrat diskutiert werden kann.

**Protokoll des Einwohnerrates**
**29. Oktober 2025**

| <b>Antrag offene Abstimmung</b>   | Ja | Nein |
|---|----|------|
| <b>Antrag 42 der 52 Änderungsanträge</b><br><br>9905.3099.02<br><br>Betrag Budget: CHF 11'000<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 0<br><br>Der Änderungsantrag ist <b>nicht zulässig</b> . |    |      |

**Diskussion Antrag 43 der 52 Änderungsanträge**

Matthias Zehnder (Grüne): Ich kenne nicht alle Inhalte dieser Budgetposition. Ein Teil ist die Pflege von Wildbienenstandorten. Diese Aufgabe konnte einem Bauern übergeben werden, was gut und günstiger als von der Gemeinde übernommen wird.

| <b>Antrag offene Abstimmung</b>   | Ja | Nein |
|---|----|------|
| <b>Antrag 43 der 52 Änderungsanträge</b><br><br>7500.3130.01<br><br>Betrag Budget: CHF 22'500<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 15'000<br><br>Der Änderungsantrag wurde mit 21 Nein- zu 11 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> . | 11 | 21   |

**Diskussion Antrag 44 der 52 Änderungsanträge**

Anita Bruderer, Gemeinderätin (FDP): Bei diesem Betrag handelt es sich um eine geringfügige Einsparung. Das Energiestadt-Label ist nicht bloss ein Zertifikat, sondern ein Label welches nach aussen zeigt, dass Windisch in Sachen Energie und Klima handelt. Dieses half dabei den Energieverbrauch und die Kosten zu senken, Fördergelder zu nutzen, die lokale Wirtschaft zu stärken und die Klima- und Mobilitätsziele umzusetzen. Wir haben einige Ergebnisse daraus, als Beispiel die Einführung des Mobilitätsreglements mit dem Ökobonus. Die Bewirtschaftung von 90% der Parkplätze auf dem Gemeindegebiet oder die Nachtabschaltung der Strassenbeleuchtung seit 2017. Wir führen seit 2007 eine konsequente Energie-Buchhaltung über alle Gebäude der Gemeinde. Über Energie Schweiz erhalten wir auch Zugang zu Fördergeldern bei Bund und Kanton. Ich plädiere für das Beibehalten des Labels.

Fabian Schütz (SVP): Das Energiestadt Label sei veraltet. Jährlich treten mehr Organisationen aus. Der WWF kritisiert das Energiestadt Label, da es beim Thema CO<sup>2</sup> nicht aktuell war. Zum anderen wurde das Klima-Konzept 2040 ohnehin schon beschlossen. Es handelt sich um einen Betrag von CHF 3'000. Wir haben gehört, dass es Folgekosten verursachen könnten, der Ökobonus könnte erneut steigen. Die Verwaltung solle entlastet werden, was hier gemacht werden könnte, da das Klima-Konzept bereits vorliegt.

| <b>Antrag offene Abstimmung</b>  | Ja | Nein |
|--|----|------|
| <b>Antrag 44 der 52 Änderungsanträge</b><br><br>7690.3636.00<br><br>Betrag Budget: CHF 3'800 | 18 | 16   |

**Protokoll des Einwohnerrates**  
**29. Oktober 2025**

|   |  |  |
|---|--|--|
| Betrag gemäss Antrag neu: CHF 800   |  |  |
| Der Änderungsantrag wurde mit 18 Ja- zu 16 Nein-Stimmen <b>angenommen</b> . |  |  |

**Diskussion Antrag 46 der 52 Änderungsanträge**

Reto Candinas, Gemeinderat (SP): Hier geht es um was ähnliches, wo wir schon ein paar Mal abgestimmt haben. Es ist keine wirkliche Einsparung. Das Geld wird nur ausgegeben, wenn es notwendig ist. Dinge, die es nicht braucht, werden nicht gemacht. Wenn es im Falle einer Streichung dennoch nötig wäre, hätte dies einen Nachtragskredit zur Folge.

| <b>Antrag offene Abstimmung</b>  | Ja | Nein |
|--|----|------|
| <b>Antrag 46 der 52 Änderungsanträge</b>                                   |    |      |
| 7900.3132.00   |    |      |
| Betrag Budget: CHF 170'000<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 150'000        | 17 | 18   |
| Der Änderungsantrag wurde mit 18 Nein- zu 17 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> . |    |      |

**Diskussion Antrag 47 der 52 Änderungsanträge**

Reto Candinas, Gemeinderat (SP): Ein Energierichtplan koordiniert die zukünftige Energieversorgung einer Gemeinde und gestaltet diesen nachhaltig, um energie- und klimapolitische Ziele zu erreichen. Das ist der Zweck des Energierichtplans, durch räumliche Zuordnung der schwergewichtigen Energieträger auf die einzelnen Quartiere der Gemeinde. Dies ist vor allem dort wichtig, wo der Energieträger in Zukunft Fernwärme sein soll. Die Investitionen in Fernwärme sind relativ hoch. Daher brauchen sie eine verlässliche Zuordnung der Gebiete. Wenn dies nicht gemacht wird, werden die Investitionen kritisch. In den letzten Jahren haben viele Gemeinden solche Energieplanungen vorgenommen. In Windisch wurde auch das Energiekonzept vorbereitet, mit sehr vielen Einwohnerräten. In diesem Konzept wurde dies als erste und wichtigste Massnahme festgelegt, von allen Beteiligten inkl. Einwohnerratsbüro. Dies nun zu streichen wäre speziell.

Martin Gautschi (FDP): Hierbei handelt es sich einmal mehr um eine planwirtschaftliche Aufgabe. Mir ist auch nicht bekannt, dass es in Windisch grosse Fernwärmeprojekte gibt. Dies könnte auch mit der IBB angegangen werden. Die CHF 10'000 könnten wirklich eingespart werden.

Reto Candinas, Gemeinderat (SP): Es ist richtig, dass die Fernwärmenetze möglicherweise nicht bekannt sind. Jedoch sind einige geplant. Das neue Schulhaus ist aktuell noch an der alten Gasheizung angehängt. Später soll dies an der Fernwärme angehängt werden. Es wäre geplant, auch einige Quartiere dafür einzubeziehen. Bei den Fernwärme-Investitionen handelt es sich um hohe Beträge. Diese brauchen Sicherheit. Wenn man dies nicht hat, besteht eine grosse Gefahr, dass die Investitionen in die Fernwärme nicht gemacht werden.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Woher würde die Fernwärme stammen, welche für die Schulanlage genutzt werden könnte? Dies wäre zweifelsohne eine sinnlose Sache. Wer würde diese Fernwärme bereitstellen?

Reto Candinas, Gemeinderat (SP): Green wäre ein möglicher Zulieferer. Green hat sehr viel Abwärme, welche genutzt werden könnte, was heute zum Standard gehört.

**Protokoll des Einwohnerrates**
**29. Oktober 2025**

| <b>Antrag offene Abstimmung</b>  | Ja | Nein |
|--|----|------|
| <b>Antrag 47 der 52 Änderungsanträge</b>                                   |    |      |
| 8790.3130.01   |    |      |
| Betrag Budget: CHF 50'000<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 40'000          | 16 | 21   |
| Der Änderungsantrag wurde mit 21 Nein- zu 16 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> . |    |      |

**Diskussion Antrag 49 der 52 Änderungsanträge**

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Der Gemeinderat möchte auch, dass dieser Änderungsantrag abgelehnt wird. Es handelt sich um eine relativ geringe Summe, welche Aufgeteilt wird in eine allgemeinen Teuerungsausgleich und auch je nach Personal, wenn gute Leistungen erbracht werden. Wir bitten darum, den Antrag abzulehnen.

| <b>Antrag offene Abstimmung</b>  | Ja | Nein |
|--|----|------|
| <b>Antrag 49 der 52 Änderungsanträge</b>                                   |    |      |
| 9905.3010.00   |    |      |
| Betrag Budget: CHF 60'000<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 24'000          | 15 | 17   |
| Der Änderungsantrag wurde mit 17 Nein- zu 15 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> . |    |      |

**Diskussion Antrag 50 der 52 Änderungsanträge**

Marco Wächter, Verwaltungsleiter: Die zusätzlichen Geschenke werden in der Personalverordnung genehmigt. Dies ist eine Form der Wertschätzung und wird auch sehr von den Mitarbeitenden geschätzt. Ich bin dafür, dies beizubehalten. Es ist eine tolle Sache, welche nebst den Jubiläumsgeschenken eine gute Wertschätzung ist. Es beinhaltet auch eine Pauschale von CHF 2'500 der HR-Stelle. Diese Beträge können für z.B. «Bike to work» oder andere Kleinigkeiten verwendet werden. Ich bitte euch darum, die Beträge so zu belassen. Die HR-Stelle hätte ansonsten keinen finanziellen Spielraum ausserhalb der Administration.

Ueli Widmer (SP): Ich gehe davon aus, dass es sich hierbei um einen rechtlichen Anspruch der Angestellten aus dem Personalreglement handelt. Wir können hier nicht einfach entscheiden, dass wir das nicht mehr möchten und streichen. Wenn dies nicht mehr bezahlt werden soll, müsste das Personalreglement angepasst werden.

Fabian Schütz (SVP): Wenn die Anträge nicht zur Abstimmung zugelassen werden, möchte ich wissen, welcher Teil rechtlich gebunden ist und welcher nicht.

Marco Wächter, Verwaltungsleiter: Die Beträge sind in der Personalverordnung geregelt. Diese ist wie das Personalreglement oder das Mobilitäts- und Parkierungsreglement für die Mitarbeitenden Bestandteil des Anstellungsvertrags. Es kann gestrichen werden, dann wäre der Gemeinderat gezwungen, die Per-

**Protokoll des Einwohnerrates**

**29. Oktober 2025**

sonalverordnung anzupassen. Dies würde direkt in die Rechte der Mitarbeitenden und die Anstellungsverträge eingreifen. Aus meiner Sicht wäre der richtige Weg, wenn dies über das Postulat beim Gemeinderat angeregt würde, damit darüber abgestimmt werden kann. Anschliessend geht es noch um die Reka-Checks, dies ist derselbe Fall. Vor einem Jahr wurde im Einwohnerrat über das Personalreglement diskutiert. Es wurde eine Auslegeordnung gemacht und ein Gesamtpaket präsentiert. Dies wurde mit grosser Mehrheit angenommen, was die Mitarbeitenden auch sehr geschätzt haben. Es wäre schwierig, wenn einzelne Punkte aus der Verordnung oder dem Mobilitätsreglement gestrichen werden. Das Gesamtpaket würde dann in einzelne Teile zerlegt werden, ohne die Gesamtheit zu betrachten. Ich würde dies über ein Postulat oder eine Motion machen, damit die Anstellungsbedingungen der Mitarbeitenden ausgelegt und betrachtet werden können.

Daniel Brassel, Einwohnerratspräsident (EVP): Der Antrag zur Kürzung des Ökobonus wurde nicht zugelassen, da dieser reglementarisch hinterlegt ist. Gilt die gleiche rechtliche Basis für die Jubiläumsgeschenke und die Reka-Checks?

Marco Wächter, Verwaltungsleiter: Es wird in ein Reglement, eine Verordnung eingegriffen. Es wird verlangt, dass eine Auslegeordnung über die Personalverordnung, das Mobilitätsreglement gemacht wird. Beim Ökobonus handelt es sich um ein Extrem-Beispiel, da dieser der Hauptbestandteil, des Anreizsystems des Mobilitätsreglements ist. Rechtlich kann ich dies nicht abschliessend beurteilen, wie dies zulässig ist.

Ueli Widmer (SP): Die Anpassung der Treueprämie würden den Art. 20 der Personalverordnung ändern, dass man nach einer gewissen Zeit eine Monatsprämie erhält oder vier Wochen Ferien. Diese Wahl steht dem Arbeitnehmer zu. Wenn das Geld gewünscht wird, muss dies auch ausbezahlt werden. Das Personalreglement wurde durch den Einwohnerrat genehmigt, nicht durch den Gemeinderat. Dies ist eine Verpflichtung und ansonsten müsste zuerst das Reglement geändert werden. Wir würden gegen Rechte unserer Mitarbeitenden auf der Gemeindeverwaltung verstossen, welches wir beschlossen haben. Es wäre unschön, wenn jetzt beschlossen würde, dass dies nicht mehr gilt. Es gäbe auch andere verbindliche Regelungen, welche wir aufheben könnten.

Philipp Umbricht (FDP): Es liegt ein Antrag für eine Kürzung von CHF 10'500 vor. Im Detailbudget dieser Position haben wir die Positionen: Personalausflug, Pensioniertenausflug, Grippe- und Zeckenimpfung, Abschiedsgeschenke an Lernende, Geschenke für Dienstjubiläen, Geburtstage und Geburten. Dieser Teil steht sicher im Personalreglement und der Verordnung. Der Weihnachts-Apéro wird kein Bestandteil des Personalreglements sein. Pensionierung, Personalesen Reinigungshilfe, Seminare 55+ und Pauschale Personaldienst, wurde vorhin erwähnt. Schlussendlich noch die Sonderprivatauszüge, welche für gewisse Funktionen benötigt werden. Es gäbe Spielraum in dieser Position, um die CHF 10'500 zu sparen. Ob dies Sinn macht ist eine andere Frage.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Das Personalreglement hat der Einwohnerrat verabschiedet und die Personalverordnung vom Gemeinderat. Da muss es einen Unterschied geben, zwischen den Rechtstexten.

| <b>Antrag offene Abstimmung</b>          | Ja | Nein |
|--|----|------|
| <b>Antrag 50 der 52 Änderungsanträge</b> |    |      |
| 9905.3099.00                             |    |      |
| Betrag Budget: CHF 32'350                |    |      |
| Betrag gemäss Antrag neu: CHF 21'850     |    |      |

**Protokoll des Einwohnerrates**
**29. Oktober 2025**

|   |  |  |
|---|--|--|
| Der Änderungsantrag wurde vom Antragsteller <b>zurückgezogen.</b> |  |  |
|---|--|--|

**Diskussion Antrag 51 der 52 Änderungsanträge**

keine

| <b>Antrag offene Abstimmung</b>                                    | Ja | Nein |
|--|----|------|
| <b>Antrag 51 der 52 Änderungsanträge</b>                           |    |      |
| 9905.3099.02   |    |      |
| Betrag Budget: CHF 11'000<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 0       |    |      |
| Der Änderungsantrag wurde vom Antragssteller <b>zurückgezogen.</b> |    |      |

**Diskussion Antrag 52 der 52 Änderungsanträge**

Keine

| <b>Antrag offene Abstimmung</b>   | Ja | Nein |
|---|----|------|
| <b>Antrag 52 der 52 Änderungsanträge</b>                                  |    |      |
| 9905.3130.01  |    |      |
| Betrag Budget: CHF 9'300<br>Betrag gemäss Antrag neu: CHF 1'300           | 15 | 17   |
| Der Änderungsantrag wurde mit 17 Nein- zu 15 Ja-Stimmen <b>abgelehnt.</b> |    |      |

**Offene Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst mit 22 Ja- zu 14-Nein-Stimmen wie folgt

**Beschluss**

Das Budget 2026 wird mit einem Steuerfuss von 115 % genehmigt.

Daniel Brassel, Einwohnerratspräsident (EVP): Ein grosser Dank geht an den Gemeinderat und die Verwaltung für die nicht einfache Erstellung des Budgets. Auch ein Dank gilt der FiGPK für die Erstellung des Berichtes.

Fabian Schütz (SVP): Ich stelle den Antrag, dass das Budget dem fakultativen Referendum unterstellt wird.

**Diskussion über Ordnungsantrag Urnenabstimmung**

Keine Voten.

| <b>Offene Abstimmung</b>              | Ja | Nein |
|---------------------------------------|----|------|
| <b>Ordnungsantrag Urnenabstimmung</b> | 15 | 22   |

**Protokoll des Einwohnerrates**
**29. Oktober 2025**

|  |  |  |
|--|--|--|
| Gestützt auf Art. 2.4 Abs. 2 der Gemeindeordnung soll das Budget der Urnenabstimmung unterstellt werden. |  |  |
| Der Ordnungsantrag wurde mit 22 Nein- zu 15 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> .                                |  |  |

**Ordnungsantrag um Verlängerung der Sitzung**

Daniel Brassel, Einwohnerratspräsident (EVP): Das Einwohnerratsbüro stellt den Ordnungsantrag um Verlängerung der Sitzung, dass noch die Traktanden 17, 18 und 19 gemacht werden. Die übrigen Traktanden (Traktanden 11 bis 16) sollen auf die März Sitzung verschoben werden. Eine Behandlung aller Traktanden würde zu viel Zeit in Anspruch nehmen. Die Traktanden 13 bis 15 können nachgelesen werden. Das Postulat würde auch verschoben werden.

**Diskussion Ordnungsantrag Verlängerung der Sitzung für Traktanden 17, 18 und 19**

Matthias Knecht (FDP): Ich bin im Vorstand der IWGB. Wir wären sehr froh, wenn die Geschäfte heute besprochen werden können, da wir uns in den entsprechenden Planungen befinden. Wenn dies später behandelt würde, könnte dies eventuell nicht mehr in die Planung einfließen. Es wurde auch schon mal versprochen, dass dies in der Sommersession besprochen wird. Eine weitere Verschiebung wäre in diesem Fall schade.

Reto Candinas, Gemeinderat (SP): Matthias Knecht hat es schon angesprochen. Als Ressortvorsteher finde ich eine Verschiebung eine schwierige Ausgangslage. Wir wären froh, wenn das Geschäft (Traktandum 11) noch behandelt werden könnte, da sich ansonsten die ganze Planung verschiebt, wenn dies erst im Spätfrühling oder Sommer behandelt würde. Beim Traktandum 12 liegt eine ähnliche Situation vor. Wir hatten mit unterschiedlichen Interessenten kontakt, welche das machen würden. Ich stelle den Antrag, dass die Geschäfte durchgehend behandelt werden und die Sitzung länger dauert.

| <b>Offene Abstimmung</b>  | Ja | Nein |
|---|----|------|
| <b>Ordnungsantrag Verlängerung der Sitzung für Traktanden 17, 18 und 19</b> |    |      |
| Der Ordnungsantrag wurde mit 25 Nein- zu 8 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> .    | 8  | 25   |

*Im Saal tritt Unruhe ein und es werden Ordnungsanträge nicht am Mikrofon gestellt. Der Einwohnerratspräsident akzeptiert diese nicht.*

**Ordnungsantrag um Verlängerung der Sitzung**

Daniel Brassel, Einwohnerratspräsident (EVP): Das Einwohnerratsbüro stellt den Ordnungsantrag um Verlängerung der Sitzung für das Traktandum 11. Anschliessend würde ein weiterer Ordnungsantrag für die Verlängerung der Sitzung erfolgen.

| <b>Offene Abstimmung</b>   | Ja | Nein |
|--|----|------|
| <b>Ordnungsantrag Verlängerung der Sitzung</b>                           |    |      |
| Der Ordnungsantrag wurde mit 29 Ja- zu 1 Nein-Stimme <b>angenommen</b> . | 29 | 1    |

**Protokoll des Einwohnerrates**
**29. Oktober 2025**
**Rückkommensantrag Martin Gautschi zum Traktandum 8 – Verpflichtungskredit Erneuerung Habsburgstrasse**

Martin Gautschi (FDP): Ich bin enttäuscht über den Grundsatz Probleme aufzuzeigen anstatt Lösungen zu suchen. Mit dem Rückkommensantrag kann ein Betrag von CHF 1'030'000, welcher für die Einwohnergemeinde anfällt, aus dem Rechnungsjahr 2026 oder auch später ausgenommen werden. Ich sehe nicht ein, warum dies nicht gemacht werden soll. Betreffend Umsetzung der behindertengerechten Bauweise der Bushaltestelle könnte beim Kanton opponiert werden und der Betrag könnte im nächsten Rechnungsjahr eingespart werden.

**Diskussion Rückkommensantrag**

Keine Voten.

| <b>Offene Abstimmung</b>   | Ja | Nein |
|--|----|------|
| <b>Rückkommensantrag Martin Gautschi (FDP)</b>                               |    |      |
| Der Rückkommensantrag wurde mit 26 Nein- zu 10 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> . | 10 | 26   |

**Ordnungsantrag um Änderung der Traktandenliste**

Michèle George (SP): Ich stelle den Ordnungsantrag, dass das Traktandum 12 vor dem Traktandum 11 behandelt wird.

| <b>Offene Abstimmung</b>  | Ja | Nein |
|---|----|------|
| <b>Ordnungsantrag Änderung Traktandenliste</b>                            |    |      |
| Traktandum 12 vor Traktandum 11 behandeln                                 | 16 | 21   |
| Der Ordnungsantrag wurde mit 21 Nein- zu 16 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> . |    |      |

**11 Kaufrechtsvertrag Industrie-Wohnbaugenossenschaft; Genehmigung**

Eintreten ist unbestritten.

*Matthias Knecht tritt in den Ausstand.*

Reto Candinas, Gemeinderat (SP): Die Industrie-Wohnbaugenossenschaft hat im Gebiet Mittlere Reutenen eine Überbauung mit 70 Wohnungen. Vor 25 Jahren wurden diese letztmalig leicht saniert. Die Wohnungen sind nicht mehr zeitgemäss und es bräuchte eine umfassende Sanierung, was unbestritten ist. Ansonsten würde eine Abwärtsspirale folgen, was für die Einkommen und Steuern der Gemeinde nicht sehr dienlich wäre. Die Gemeindestrasse Mittlere Reutenen führt durch das Areal und dient aktuell der Erschliessung. Mit der neuen Überbauung wäre vorgesehen, dass dies nicht mehr nötig wäre. Die Strasse geht mitten durch das Gebiet und stellt somit nahezu ein Hindernis für das Vorhaben dar. Die IWBG trat daher an den Gemeinderat mit der Anfrage, ob diese Strasse erworben werden kann. Dies wurde lange diskutiert und überprüft. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass dies eine gute Sache ist für die Sanierung, für die Siedlungsentwicklung nach innen in Bahnhofsnähe, Förderung von Gemeinnützigem Wohnungsbau, was dort der Fall ist. Aus Sicht der Gemeinde auch ein Verzicht auf hohe Kosten der Sanierung für die Strasse, welche auch bald auf uns zukommen würden. Für die IWBG ist der Landtausch wertvoll aber nicht zwingend, das Projekt wäre auch ohne realisierbar. Für sie entstünde aber

## Protokoll des Einwohnerrates

29. Oktober 2025

eine bessere Ausgangslage, um die Sanierung in Angriff zu nehmen. Im beigelegten Plan ist ersichtlich, wie die Abgrenzung vorgenommen werden soll. Es geht um eine Abgrenzung und Abparzellierung des Landes um die Mittlere Reutenenstrasse.

Die Realit Treuhand AG erstellte eine Verkehrswertschätzung und kam auf einen Wert von CHF 550'000. Das sind CHF 946.65 pro Quadratmeter, was aus Sicht der Gemeinde ein guter Preis ist, da das Grundstück nicht auf dem freien Markt verkauft werden könnte. Es gibt nur die Möglichkeit, dass dieses von der IWBG übernommen wird oder nicht. Es handelt sich um einen guten Preis. Den Preis zu steigern wäre fraglich und auch waghalsig. Wie schon erwähnt sind sie nicht darauf angewiesen. Sie haben mehr Spielraum auf diesem Gebiet. Es hilft aber eine bessere Überbauung zu realisieren. Ich hoffe auf Zustimmung zum Antrag. Damit könnte die Gemeinde wenigstens CHF 550'000 einnehmen, verbunden mit weniger Ausgaben, da die Strasse nicht saniert, sondern nur abgebrochen werden müsste. Dies würde CHF 63'000 kosten.

### Detailberatung

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Ich finde das Geschäft von der Thematik her unterstützungswürdig. Es macht Sinn, dass das mittlere Strassenstück eliminiert wird. Dieses hat keinen negativen Einfluss für einen anderen Grundstückbesitzer. Ich finde das eine gute Sache und dies kann ins Auge gefasst werden. Mich irritiert die Dringlichkeit. Es wurde ein Vertrag mit zehn Jahren Frist vorbereitet und jetzt läuft offensichtlich schon die Planung. Es ist keine Sanierung, sondern vollständige Neubauten vorgesehen. Natürlich kann die Bebauung auch mit der bestehenden Strasse in Angriff genommen werden. Allerdings gibt es grosse Vorteile mit der Übernahme der Strassenparzelle. Gemäss der Realit kann eine höhere Ausnutzung erzielt werden. Auf die Strassenfläche gibt es 349 m<sup>2</sup> aufrechenbare Geschossfläche. Mit der Fläche können drei bis vier zusätzliche Wohnungen gebaut werden. Dies ist im Bericht der Realit so festgehalten. Wenn die zusätzliche aufrechenbare Geschossfläche klug angeordnet wird, könnte auch das nicht anrechenbare Attikageschoss, mit 60% der darunterliegenden Vollgeschoss, besser ausgereizt und erweitert werden. Es könnte eine Arealüberbauung geplant werden, wovon ich auch ausgehe. Dadurch könnten zusätzliche 15% auf die 349 m<sup>2</sup> erzielt werden. Dies wären wiederum 52 m<sup>2</sup>, was einer 2- oder 1,5-Zimmer Wohnung entspricht. Das Potential ist vorhanden. Reto sagte, dass die Überbauung auch ohne die Strassenparzelle gemacht werden könnte und sie nicht darauf angewiesen sind. Es muss bewusst sein, dass die zusätzlichen 15% anrechenbare Geschossfläche bei einer Arealüberbauung von der Qualität her geliefert werden müssen bei verschiedenen Themen. In der Gesetzgebung heisst es klar, der Gemeinderat kann 15% mehr genehmigen. Dies ist aber keine zwingende Voraussetzung. Es ist nicht zwingend, dass dies mit der Arealüberbauung sicher ist. Die Abteilung Planung & Bau ist da in der Pflicht, dass ein qualitativ hochwertiges Projekt erreicht werden kann. Von diesen Zahlen könnten sie profitieren. Mindestens gleich vorteilhaft ist, dass durch den Wegfall der Strasse, ein grosses zusammenhängendes Grundstück entsteht. Das sehr grosse Grundstück kann dadurch ganz anders beplant werden. Sie sind frei innerhalb des Grundstücks und müssen keine Grenz- oder Strassenabstände einhalten, ausser am Parzellenrand. Aber innerhalb des grossen Grundstückes entstehen mehr Freiheiten. Dieser Vorteil kann finanziell nicht gemessen werden, dieser ist einfach vorhanden. Die prekäre Finanzlage von Windisch lässt nicht zu, dass zu Lasten der Steuerzahler, gegenüber einigen Personen Grosszügigkeiten oder Geschenke gemacht werden können. Ich mache daher beliebt, dass der Quadratmeterpreis auf CHF 1'000 angehoben werden soll, anstelle der vorgeschlagenen CHF 946.65. Ich stelle den Änderungsantrag, dass der Kaufrechtsvertrag so angepasst werden soll. Der zweite Antrag geht in eine ähnliche Richtung. Im Zusammenhang mit dem Budget müssen auch die Einnahmequellen angezapft werden. Nebst den Spardiskussionen müssen auch Optimierungen bei den Einnahmen eingeplant werden. Hier schlage ich vor, dass der IWBG auch die Rückbaukosten für den Strassenbelag auferlegt werden sollen. Sie sollen die mit CHF 63'000 (Stand 2025) bezifferten Kosten, welche die Gemeinde tragen soll, übernehmen. In zehn Jahren sind die Kosten vermutlich noch höher. Die IWBG erhält mit der Strasse viele Vorteile, dass es nicht vermessen ist für die Strasse CHF 100'000 mehr zu verlangen. Wir dürfen uns nicht von der Genossenschaftsform täuschen lassen. Dies war ursprünglich eine Überbauung für die

## Protokoll des Einwohnerrates

29. Oktober 2025

Angestellten der Kabelwerke. Man hat günstigen Wohnraum erstellt und musste als Folge auch keine allzu grossen Löhne zahlen. Die Wohnung war eine Art Lohnbestandteil. Bei einer heutigen Bebauung wird das keine Genossenschaftswohnungen mehr geben. Es werden keine Sozialwohnungen gebaut werden. Es werden gute Wohnungen erstellt mit dem Aspekt, dass mehr Steuersubstrat erreicht werden kann. Ich mache beliebt, den beiden Anträgen zuzustimmen. Der Gemeinderat ist in der Situation, dass mit den Leuten verhandelt wurde. Dies wurde so festgelegt und nun muss wieder was Neues vorgeschlagen werden. Der Gemeinderat kann einfach sagen, dass der Einwohnerrat die neuen Zahlen bestimmt hat.

Thomas Wernli (SP): Eine Arealüberbauung wäre auch machbar, wenn die Strasse nicht gekauft wird. Im vorliegenden Fall ist die IWBG der einzige mögliche Kaufinteressent. Dies ist keine Grundlage für Verhandlungen. Der Wert für die Strassenliegenschaft liegt bei CHF 550'000, davon müssten noch CHF 210'000 abgezogen werden. Der Wert lag also mal bei CHF 340'000 und die Gemeinde hat den Verkaufspreis bereits erhöht. Eine Verhandlung wurde durchgeführt. Es mag sein, dass dabei bessere Ergebnisse hätten erzielt werden können. CHF 30'000 für das Land und CHF 62'000 für den Rückbau der Strasse, sollen zusätzlich eingefordert werden. Die Forderung birgt ein Risiko, dass der Käufer anschliessend sagt, dass die Strasse doch nicht gekauft wird. Dann würde ein Minus von CHF 210'000 bestehen, wir können aber auch zustimmen und die CHF 550'000 als Verkaufspreis nehmen. Diese Risiken sehe ich, im Falle einer höheren Forderung von Seite der Gemeinde. Das Kaufrecht für die Parzelle sei abtretbar. Wäre es also möglich, dass die IWBG das Land abtritt und ein Investor dieses kaufen könnte?

Stefan Fehlmann (EVP): Ich bin auch etwas hin- und hergerissen zwischen dem vorliegenden Angebot und den Zusatzanträgen von Elsbeth Hofmänner. Die EVP unterstützt das Vorhaben. Es handelt sich um eine Win-Win Situation für Windisch. Es kann etwas Geld eingenommen und gleichzeitig Wohnraum geschaffen werden, was positiv für Windisch ist. David Beerli hat das Geschäft am Infoanlass sehr gut und kreativ vorgestellt. Von der EVP werden wir dem Geschäft zustimmen. Für die Zusatzanträge warten wir den Entscheid zur Empfehlung des Gemeinderates ab.

Bruno Kaufmann (FDP): Ich war am Infoanlass und wir haben das Geschäft in der Fraktion besprochen. Das Geschäft ermöglicht eine sinnvolle Verdichtung in der Nähe des Bahnhofs. Beim Vorliegenden Angebot wurde vermutlich auf Seite der potenziellen Käuferin schon Goodwill im Angebot eingebaut. Ich gehe davon aus, dass das Maximum bereits ausgeschöpft wurde. Das Timing sei bei diesem Vorhaben entscheidend. Es sei von Vorteil, wenn früh verdichtet werden kann und damit gleichzeitig gute Steuerzahler angezogen werden können. Die FDP-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen.

Reto Candinas (SP): Die Strassenfläche steht nicht auf dem freien Markt für einen Verkauf. Entweder die IWBG übernimmt die Strasse oder diese bleibt weiterhin im Eigentum der Einwohnergemeinde Windisch. Das Gebiet bietet viele Räume für eine Verdichtung mit einer Arealüberbauung. Dafür ist die Strasse jedoch nicht erforderlich, die Möglichkeiten werden aber etwas verbessert. Dies rechtfertigt auch den Verkaufspreis der Strasse für CHF 550'000. Als Gemeinderat bin ich der Meinung, dass es sich um einen sehr guten Verkaufspreis handelt. Bei der Habsburgstrasse zeigt sich, wie die Sanierung vom Kanton abgegolten wird. Die Gemeinde erhält die Sanierungskosten und im vorliegenden Fall müsste die Gemeinde für die Strasse grundsätzlich CHF 210'000 für die Sanierung zahlen. In diesem Fall macht eine Zahlung für die Sanierung keinen Sinn, da die Strasse abgebrochen werden soll. Die Übernahme der Kosten für den Abbruch erscheint aber als fair und logisch. Vom Treuhandbüro liegt eine klare und gut begründete Offerte vor. Mit der IWBG wurde das Angebot diskutiert. Eine nachträgliche Erhöhung erscheint in diesem Fall unbegründet. Ich empfehle daher die Zusatzanträge abzulehnen.

**Protokoll des Einwohnerrates**
**29. Oktober 2025**
**Offene Abstimmung**

| Antrag  | Ja | Nein |
|---|----|------|
| <b>Änderungsantrag Elsbeth Hofmänner (Die Mitte)</b><br><br>Der m <sup>2</sup> -Preis der zu veräussernden Strassenfläche (neues Grundstück Nr. 3168) soll CHF 1'000 / m <sup>2</sup> statt nur CHF 946.65 betragen. Wie in der Botschaft enthalten, wird das Kaufrecht samt Indexierung auf die Maximaldauer von 10 Jahren begrenzt. Der Kaufrechtsvertrag ist entsprechend anzupassen.<br><br>Der Änderungsantrag wurde mit 20 Nein- zu 7 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> . | 7  | 20   |
| <b>Änderungsantrag Elsbeth Hofmänner (Die Mitte)</b><br><br>Die Kosten für den Rückbau des Strassenbelags werden nicht von der Einwohnergemeinde übernommen, sondern sind durch die I-WBG zu tragen. Der Kaufrechtsvertrag ist entsprechend anzupassen.<br><br>Der Änderungsantrag wurde mit 26 Nein- zu 10 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> .   | 10 | 16   |

**Offene Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst mit 32 Ja-Stimmen wie folgt (0 Gegenstimmen)

**Beschluss**

Der Einwohnerrat genehmigt den Kaufrechtsvertrag vom 27. Mai 2025 über CHF 550'000 für das gemäss Mutationsurkunde Nr. 3105 neu zu bildende Grundstück LIG Windisch Nr. 3168 zugunsten der Industrie-Wohn-baugenossenschaft, bei einer Maximaldauer von 10 Jahren ab Unterzeichnung.

**Ordnungsantrag um Verlängerung der Sitzung**
Daniel Brassel, Einwohnerratspräsident (EVP): Das Einwohnerratsbüro stellt den Ordnungsantrag um Verlängerung der Sitzung für das Traktandum 12.

| Offene Abstimmung  | Ja | Nein |
|--|----|------|
| <b>Ordnungsantrag Verlängerung der Sitzung für Traktandum 12</b><br><br>Der Ordnungsantrag wurde mit 22 Ja- zu 12 Nein-Stimmen <b>angenommen</b> . | 22 | 12   |

**12 Baurechtsvergabe und Zusatzkredit Vorder Chilefeld; Genehmigung**
Fabian Schütz (SVP): Der Gemeinderat möchte im Gebiet «Vorder Chilefeld» bezahlbaren Wohnraum für Familien mit Kindern erschaffen. Ein Vorgehen mit einer gemeinnützigen Wohnbauträgerschaft wird dafür gewählt. Im Grundsatz passt dieses Vorgehen für Gemeinden in einer anderen Situation. Für Windisch wäre dies in der Gegenwart aber falsch. Die Gemeinde Windisch hat bereits viele soziale Lasten zu tragen. In der Botschaft wurde dies teilweise etwas abgeschwächt. Die urbane Avantgarde, ein Teil der Oberschicht sei stark gewachsen gemäss Sotomo. Das Problem mit der urbanen Avantgarde ist, dass diese nicht so viele Steuern zahlt, was in Windisch den Abstand auf das kantonale Durchschnittssteuersubstrat vergrössert, wobei natürlich auch andere Punkte sich darauf auswirken. Nichtsdestotrotz ist der Abstand zum Kantonsmittel schon lange zu gross, wofür auch keine Besserung in Sicht ist. Der Normsteuerertrag von Windisch ist mehr als 15% unter dem Kantonsschnitt und der Normsteuerertrag

## Protokoll des Einwohnerrates

29. Oktober 2025

ist für Windisch eine entscheidende Zahl. Diese hilft uns Schulhäuser zu bezahlen und Pflegerestkosten zu tragen. Die Zahl zeigt, dass Windisch viele sozialen Lasten trägt. Dies ist auch in Ordnung. Das Mass muss aber gehalten werden. Andere Dörfer profitieren davon, wenn in Windisch noch mehr soziale Lasten hinzugeholt werden. Die anderen Dörfer können dann zurücklehnen und tiefere Steuersätze geniessen. Es wäre niemandem geholfen, wenn dies noch weitergetrieben wird und die Steuern dann immer wieder erhöht werden müssen. Dies trifft dann alle und auch diejenigen, welche beispielsweise schon heute in einer Genossenschaftswohnung wohnen. Wäre Windisch auf dem kantonalen Durchschnitt des Steuersubstrat, hätten wir jährlich CHF 1,3 Mio. mehr zur Verfügung. Diesen Mehreinnahmen gegenüber stünden keine Mehrausgaben. Ich werde an den Einwohnerratssitzungen immer wieder daran erinnert, welche Anpassungen beim Kanton gemacht werden sollen, beispielsweise der Verteilschlüssel bei den Pflegekosten. Dies ist auch in Ordnung, daran wird auch gearbeitet. Es gilt aber auch die Relation zu wahren. Wenn der Verteilschlüssel für die Pflegekosten angepasst werden kann, dann ist dieser Effekt für Windisch einmalig. Es gibt einen direkten Schaden, welchen das Vorgehen mit der Kostenmiete schafft. Dieser wird in der Botschaft auch ausgewiesen. Der Baurechtszins wird von CHF 142'000 auf CHF 110'000 reduziert werden müssen. Wenn die Fremdkapitalkosten abgezogen werden, das ganze wird mit Fremdkapital finanziert, da Windisch hochverschuldet ist, dann werden die CHF 50'000 für das Fremdkapital abgezogen. Der Ertrag würde dann noch bei CHF 60'000 jährlich liegen. Mit diesem Ertrag könnten nicht mal die aufgelaufenen Projektkosten für das «Chilefeld» refinanziert werden. Das «Chilefeld» verliert durch die Ertragsminderung unmittelbar CHF 540'000 an Wert, was auch in der Botschaft ausgeführt ist. Mit einem Ja zu dieser Botschaft erhöhen wir von heute auf morgen die Netto-Verschuldung um nahezu CHF 1 Mio. An den Gemeinderats-Podien wurde auf allen Seiten erwähnt, dass die Finanzen der Gemeinde gesund wachsen sollen. Mit dem geplanten Vorgehen holen wir uns aber tendenziell nicht die besten Steuerzahler ins Dorf, welche aber tendenziell viel Infrastruktur-Bedarf haben. Die Finanzen sehen dann für kurze Zeit besser aus, dann würde aber wieder das nächste Schulhaus benötigt. Es handle sich dabei nicht um eine nachhaltige Finanzpolitik, sondern um ein Schneeball-System. Ich bitte dringend darum, das Geschäft zurückzuweisen. Windisch wird den Steuerfuss voraussichtlich auf 120% erhöhen müssen auf nächstes Jahr. Wenn wir nicht aufpassen, drohen wir in eine Negativ-Spirale zu fallen. Der Gemeinderat soll eine Botschaft verfassen, welche darauf ausgelegt ist, besseres Steuersubstrat nach Windisch zu holen, auch im «Chilefeld». Im Namen der SVP-Fraktion stelle ich daher den Antrag auf Nichteintreten des Geschäftes. Es ist gut, dass dieses Geschäft dem obligatorischen Referendum untersteht. Dies erspare im Gegensatz zum Budget das Sammeln von Unterschriften. Die SVP würde das Geschäft auch an der Urne bekämpfen.

### **Diskussion über den Antrag auf Nichteintreten von Fabian Schütz (SVP)**

Alex Heinemann (FDP): Die FDP unterstützt den Antrag auf Nichteintreten der SVP. Der Gemeinderat sehe die Möglichkeit nur mit einer staatlichen Regulation in Form einer gemeinnützigen Bauträgerschaft günstige Mieten für Familien zu ermöglichen. Windisch liegt als Gemeinde, gemäss Analyse, bereits über 5% über dem Durchschnitt. Wir fragen uns deshalb, warum das zusätzlich noch staatlich gefördert werden soll. Private Bauträger sind vom Verfahren ausgeschlossen. Auch private Anbieter können unserer Meinung nach Wohnraum mit hoher Qualität schaffen, auch ohne staatliche Intervention wie Kostenvorgaben. Wir sind der Meinung, dass hochwertiger Wohnraum geschaffen werden soll, damit der Norm-Steuerertrag wieder wachsen kann, was auch im Interesse der bereits hier wohnhaften Familien liegt. Auch sind wir der Meinung, dass kein Wettbewerb durchgeführt werden soll. Die Kosten von CHF 108'000 könnten dabei eingespart werden. Es soll eine Ausschreibung erfolgen, dass die Gemeinde anschliessend das beste Projekt wählen kann.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Unglücklich ist, dass der Einwohnerrat wieder über ein sehr wichtiges Thema entscheiden muss, für welches wieder, die schon länger erwartete Immobilien-Strategie notwendig wäre, für die Entwicklung dieses Gebiets. Die Mitte ist mit dem vorliegenden Baurechtsvertrag nicht einverstanden. Die Baurechtsdauer, in Kombination mit dem nicht anpassbaren Bodenpreis von CHF 899

## Protokoll des Einwohnerrates

29. Oktober 2025

pro Quadratmete, ginge gar nicht. Das Baurecht rechnet sich gegenüber einem Verkauf erst in fünfzig Jahren. Der Baurechtsvertrag verbietet auch keine Aufteilung zu Stockwerkeigentum, er verbietet auch keine Veräusserung der Wohnungen. Die Heimfallsentschädigung sähen wir auf dem Zeitwert und nicht mit 85% des Verkehrswertes. Vor allem fehlt der Anreiz für einen Investor, welcher für die Kostenmiete sich interessieren oder einbringen soll. Wie will man dafür die gewünschten Teams finden. Es gäbe noch mehr Hinweise, ein fehlendes Datum, ab wann der Baurechtszins geschuldet ist, die Vorkaufsfälle, welche individuell festzuhalten wären. Es ist erwähnt, dass im Schiedsgericht ein Jurist dabei sein müsste. Dies ist nicht zwingend gewinnbringend und ein Jurist ist in diesem Fall zu generell. Wir meinen, dass der Baurechtsvertrag zurück an den Absender muss oder nicht darauf eingetreten werden soll. Ganz grundsätzlich fehlt ein Varianten-Studium Baurechtsvertrag gegenüber einem Verkauf. Dies wurde schon mehrmals im Einwohnerrat vorgebracht. Wir hätten gerne beide Möglichkeiten sichtbar, damit entschieden werden kann, ob der Verkauf nicht doch besser wäre, gegenüber einem Baurecht. Dies wurde uns nicht vorgelegt, sondern der Gemeinderat hat dies bereits entschieden. Der Baurechtsvertrag wäre zu wenig flexibel, die Preise wurden nicht fixiert, es ist keine Entwicklung der Marktentwicklung erkennbar. Nicht zuletzt die Situation mit den privaten Eigentümern. Die Parzellenumlegung muss vordringlich geklärt werden. Ein Enteignungstitel, wie beispielsweise wenn etwas Land für eine Trottoir-Verbreiterung benötigt würde, kann in diesem Fall nicht standardmässig als gegeben ansehen werden. Wenn die Umlegung mit den zwei Privatpersonen nicht zustande kommt, wenn diese die Flächen nicht identisch an den Rand legen lassen. Sofern dem Vorhaben nicht zugestimmt wird, dies nicht notariell beglaubigt werden kann, dann funktioniert dies nicht und die Aufwendungen waren vergebens. Dieses Risiko darf nicht eingegangen werden. Diese Situation müsste erst geklärt werden. Darum stimmen wir dem Nicht-eintreten zu. Der Baurechtsvertrag soll auf ein Niveau gebracht werden, dass mindestens gesagt werden kann, dass dieser ausgereift und für beide Seiten eine gute Lösung ist. Aktuell hat dieser Defizite zulasten der Einwohnergemeinde.

Reto Candinas (SP): Ich stimme Fabian Schütz zu, dass das Hauptproblem in Windisch das tiefe Steuersubstrat ist. Die Differenz zum Kanton wäre den meisten bekannt. Es gibt aber einige Fehlüberlegungen dazu. Der Hauptgrund zum tiefen Steuersubstrat, im Vergleich zu anderen Gemeinden, stammt daher, dass wir nahezu keine Aktiensteuer haben. Baden wäre ein Extrembeispiel aber auch schon bei einem Anteil wie Brugg wäre das Steuersubstrat schon viel höher. Wir würden den Teil stärken, mit der Gebietsentwicklung konkret, Stadtentwicklung und anschliessend auch Industriezone auf der anderen Seite der Eisenbahn. Natürlich gibt es auch einen Anteil von Einwohnern, welche wenig Steuern zahlen. Mit der Innen- und der Baugebietenentwicklung ändert sich diese laufend. Es wurde moniert, dass sich dies aktuell noch nicht so zeigt. Es ist feststellbar, wenn die neu zuziehenden Personen betrachtet werden. Dies ist aber in der Masse noch nicht spürbar. Auch wenn viele neuzuziehende Personen vorhanden sind, macht dies 1-2% aus. Bis dies insgesamt erkennbar ist, dauert dies zehn bis zwanzig Jahre. Ich verspreche mir von der Stadt- und der Gebietsentwicklung (z.B. Im Winkel), dass wir das schaffen. Aber wir müssen uns eingestehen, dass dies relativ lange dauert. Erstaunt war ich beim Votum, dass wieder ein neues Schulhaus benötigt würde. Ich gehe davon aus, dass nicht das Ziel ist, damit möglichst keine Familien mehr nach Windisch kommen. Es gibt auch die falsche Schlussfolgerung, dass Bewohner von gemeinnützigen Wohnbauträgern schlechte Steuerzahler sind. Diese Aussage ist zumindest gewagt. Das Steuersubstrat hängt vom Einkommenssegment ab und nicht von der Wohnform. Als Beispiel kann der neuste gemeinnützige Wohnungsbau «Am Rain» in Brugg verwendet werden. Dort sind gute bis sehr gute Steuerzahler in einer Wohnbaugenossenschaft wohnhaft. Ein dritter Punkt ist das Gebiet «Chilefeld». Das Gebiet befindet sich an einem Abhang am Waldrand mit viel Schatten. Die besten Steuerzahler dorthin zu locken, würde sich vermutlich auch schwieriger gestalten. Ich erinnere daran, dass mit den Gebietsentwicklungen und dem Stadtraum im Winkel mehrere tausend Einwohner nach Windisch holen können. Dies geschieht alles privatwirtschaftlich. Ich gehe davon aus, dass mit den Entwicklungen auch im Stadtraum, wie von den Teams aufgezeigt wurde, vor allem Steuern im oberen Segment einnehmen können. Wir reden hier von 2-3% des ganzen Gebietes. Im Votum von Elsbeth Hofmänner wurden viele Punkte erwähnt, welche Fachleute bei der Gemeinde angeblich nicht im Griff haben, was mich fast etwas

## Protokoll des Einwohnerrates

29. Oktober 2025

schockiert hat. David Beerli ist einer der besten Planer den wir haben. Die vorgebrachten Punkte sind dabei fast schon gröbere Anschuldigungen. Er ist die Sache sehr seriös angegangen und die Punkte wurden mit ausgewiesenen Fachpersonen überprüft. Zum einen war dies die Planar AG, welche schon mehrfach Prozesse, wie diesen durchgeführt hat, aber auch mit Adrian Rehmann, dem Präsidenten der Wohnbaugenossenschaften der Schweiz. All diesen vorgebrachten Punkten widerspricht er. Ich bin froh, wenn wir auf das Geschäft eintreten können, damit diskutiert werden kann, worüber es hier geht.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Die Heimfallentschädigung sollte auf den Zeitwert gerechnet werden und nicht 85% des Verkehrswertes betragen. Die vorgebrachten Punkte sind kein Vorwurf an David Beerli. Er ist nicht die Person, welche den Baurechtsvertrag im Detail geschrieben hat. Es geht nur um Punkte im Baurechtsvertrag.

| Antrag   | Ja | Nein |
|--|----|------|
| <b>Antrag auf Nichteintreten Fabian Schütz (SVP)</b>                                 | 16 | 22   |
| Der Antrag auf Nichteintreten wurde mit 22 Nein- zu 16 Ja-Stimmen <b>abgelehnt</b> . |    |      |

Reto Candinas, Gemeinderat (SP): Der Einwohnerrat hat im Oktober 2023 den Kredit in der Höhe von CHF 470'000 für die Erarbeitung eines rechtskräftigen Gestaltungsplanes genehmigt. Der Vergabeentscheid, wie mit dem Bauland umgegangen werden soll, wurde allerdings vertagt. Im Detail wurde dies geprüft und man stellte fest, dass viele kritische Punkte bestehen, welche für die Gemeinde nicht gut sind. Das Aufschieben des Vergabe-Entscheides wäre für die Gemeinde sehr kritisch. In erster Linie, weil ein abschliessender, rechtskräftiger Gestaltungsplan mit der Genehmigung durch den Kanton erstellt würde. Anschliessend würde ein Investor gesucht werden. Mit der fertigen Vorlage müsste dieser zu recht kommen und könnte keine Abänderungen vornehmen. Es gibt Planbeständigkeit und Rechtssicherheit. Diese dauert ungefähr zehn bis fünfzehn Jahre. So wäre es schwierig einen Investor zu finden und dieser könnte sich auch schwerer damit identifizieren. Darum sind wir der Meinung, die Erarbeitung davon und der Vergabeentscheid müssten zusammengefügt werden. Das heisst, es soll ein Investorenwettbewerb mit Präqualifikation durchgeführt werden. So soll das ganze verbunden werden und die Risiken minimiert werden. Im Anhang der Bau- und Nutzungsordnung sind die wesentlichen Ziele des Gestaltungsplans festgelegt. Der Gemeinderat konkretisiert diese Zielsetzungen vor dem Start eines qualitativen Verfahrens immer, egal in welchem Gebiet dies der Fall ist. Für das Gebiet «Chilefeld» machte der Gemeinderat die folgenden Überlegungen: Windisch ist aktuell an der Entwicklung, von acht bis neun grösseren Arealen. In allen Entwicklungsgebieten hat die Gemeinde kein oder marginal Bauland (nur Strassen). Damit kann nur unwesentlich Einfluss genommen werden, ausser in der Funktion als Gemeinde- oder Einwohnerrat in der Zonenplanung oder im Gestaltungsplan. In diesen Gebieten erfolgt die Entwicklung ausnahmslos durch private Investoren. Dies dürfte vor allem gute bis sehr gute Steuerzahler anziehen. Dies zeigt sich klar, aufgrund der Arbeit der drei Teams im Bereich Stadtraum. Nur im Gebiet «Chilefeld» hat die Gemeinde eigenes Bauland, ein Anteil von 81%. Dort besteht die Möglichkeit, dass die Gemeinde stärker Einfluss nehmen kann. Der Gemeinderat hat sich intensiv mit der Frage der Verantwortung aufgrund dieser Tatsache auseinandergesetzt. In der Botschaft ist dies beschrieben. Dabei geht es auch um die Umsetzung der Legislaturziele. Eine Entwicklung, welche der Gemeinde etwas Sorge bereitet, ist die Feststellung, dass die Familien und die Mittelschicht um 10% abgenommen haben. Dies ist nicht gravierend, muss aber im Auge behalten werden. Eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur ist für die Gemeinde essenziell. Es geht nicht darum, dass man keine Kinder mehr will, aufgrund von Investitionen in ein neues Schulhaus, davon gehe ich nicht aus. Das Gebiet «Chilefeld» liegt am Waldrand unterhalb des Kirchen-Hügels. Das Gebiet ist eher schattig. Dieses für die besten Steuerzahler zu entwickeln ist vermutlich eine Illusion. Für diesen Standort gibt es besser geeignete Pläne. Der Gemeinderat hat sich dafür entschieden, für das Gebiet «Vorder Chilefeld» die Kostenmiete vorzusehen, um mittel- bis langfristig günstiges Wohnen für Familien sicherstellen zu können. Damit kann die Gemeinde einen kleinen Beitrag an eine ausgeglichene Bevölkerungsstruktur leisten, was aus Sicht des Gemeinderats

## Protokoll des Einwohnerrates

29. Oktober 2025

sehr wichtig ist. Die festgestellte Situation in Städten muss urbane Gemeinden hellhörig machen, damit keine Verhältnisse entstehen, welche nicht erwünscht sind. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass in der schwierigen finanziellen Situation von Windisch eine Lösung im Baurecht vorgenommen werden muss. Dies bringt etliche Vorteile. Der jährliche Baurechtszins von CHF 110'000 würde die jährliche Bilanz deutlich verbessern. Ein Verkauf in der Grössenordnung von CHF 5 bis CHF 5,2 Mio. würde die Zinslast von Windisch um ca. CHF 43'000 verringern. Das heisst wir hätten einen Negativsaldo von CHF 63'000, im Falle eines Verkaufs gegenüber der Abgabe im Baurecht. Gleichzeitig bleibt die Gemeinde Eigentümerin, wenn die Parzellen im Baurecht vergeben werden. Von der erwarteten Wertsteigerung in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten würde Windisch profitieren. Die Berechnung wurde mit der Millionenmatte, welche für CHF 7,2 Mio. verkauft wurde, verglichen. Dieses Landstück wäre heute ungefähr doppelt so viel wert. Wenn das Land im Baurecht abgegeben wird, kann da partizipiert werden. Ich bitte darum, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

### Detailberatung

Oliver Hager (GLP): Die Gemeinde hat verschiedene Gebiete für ein beachtliches Bevölkerungswachstum aber auch für Arbeitsplätze. Die strategische Grundlage dazu, wurde gemeinsam mit der Stadt Brugg und mit der Bau- und Nutzungsordnung stufengerecht geschaffen. Weiter setzt sich der Gemeinderat das Ziel, die Entwicklung im «Vorder Chilefeld» qualitativ und möglichst nachhaltig anzugehen. Dies spiegelt sich einerseits in einem umsichtigen Planungs- und Beteiligungsprozess im Gebiet «Chilefeld», andererseits ist sich der Gemeinderat auch nicht zu schade, den weiteren Planungsprozess zu hinterfragen und neue Weichen zu stellen. Dies begrüssen wir grundsätzlich. Jetzt geht es darum, diese Weichen richtig zu stellen. Wir sind überzeugt, dass es an diesen Standort sinnvoll und richtig ist, familienfreundliche Wohnung anzubieten. Das Prinzip der Kostenmiete scheint an diesem Standort richtig. Dies sollte in einem Gebiet umgesetzt werden, wo die Gemeinde aktiv die Bodenpolitik mitgestalten und Einfluss nehmen kann, wie im Gebiet «Chilefeld». Wir unterstützen in diesem Kontext auch den frühen Einbezug von professionellen Anbietern, aus diesem Segment mittels vorgeschlagener Verfahren und vertraglichen Rahmenbedingungen. Weiter sichert sich der Gemeinderat mit dem Baurecht jährliche Erträge und wichtige Mitbestimmungsrechte an der Besiedlung des Areals und profitiert an der Landwertsteigerung. Wir werden diesen Anträgen zustimmen. Es ist uns ein grosses Anliegen, dass die weitere Gemeindeentwicklung nebst der ausgewogenen Bevölkerungsstruktur in den Wachstumsgebieten aber auch in der generellen kommunalen Infrastruktur, mit der Standortgunst von Windisch mitentwickelt wird. Es muss ein gutes Wohnangebot im oberen und mittleren Segment und ein gutes Arbeitsgebiet im Stadtraum Bahnhof für positive finanzielle Effekte konsequent mitentwickelt werden. Diese Strategie soll konsequent verfolgt werden, was sehr wichtig ist.

Mirjam Aebischer (SP): Das «Vorder Chilefeld» ist eine umfassende und transparente Vorlage. Ich möchte ein Zitat aus dem Programm der Präqualifikation der Ausschreibung vorlesen: «Ziel ist es, eine nachhaltige, zukunftsorientierte und sozial durchmischte Wohnsiedlung zu entwickeln, welche die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner in Einklang mit den ortsbaulichen, verkehrstechnischen und ökologischen Rahmenbedingungen erbringt und einen Mehrwert für das Quartier bieten und einen Beitrag an ein lebendiges Quartier leisten.» Es wird zusammengefasst, was die Siedlung bieten soll. Uns freut, dass die Gemeinde Windisch eine solche Siedlung unterstützen kann, welche Vorbildcharakter hat. Wir diskutieren schon lange über das «Chilefeld». In den partizipativen Veranstaltungen bestand erst viel Misstrauen und Ablehnung. Den Projektverantwortlichen gelang es, die Akzeptanz dieser Siedlung in der Nachbarschaft zu erhalten. Viele Punkte wurden schon gesagt. Boden ist eines der wenigen Güter, welche nicht vermehrt werden können und daher umso kostbarer ist. Es ist richtig, dass das Gebiet im Baurecht abgegeben wird. Dies gibt finanzielle Sicherheit über viele Jahren. Man weiss, was der Baurechtszins einbringt. Die Fehlmannmatte wurde vor über zehn Jahren verkauft und der Finanzeffekt verpuffte. Die Gemeinde hat auch keinen Einfluss mehr auf dieses Gebiet. Kostenmiete heisst nicht, dass

**Protokoll des Einwohnerrates****29. Oktober 2025**

es sich um billige Wohnungen handelt. Es handelt sich um Wohnungen, welche keinen zusätzlichen Betrag ausweisen, um Gewinn zu erreichen. Es heisst auch nicht, dass nur durchschnittliche Steuerzahler angezogen werden. Für uns passt das Projekt zur örtlichen Situation und passt auch zur Entwicklung, dass in Windisch Raum geschaffen werden soll, für Familien mit Kindern. In den anderen Entwicklungsgebieten wird es genügend Wohnraum für andere geben. Wenn nicht die Gemeinde, könnte sonst niemand inhaltliche Massstäbe setzen. Wir finden es schön, dass die Gemeinde Windisch hier einen Beitrag leisten kann, an ein vorbildhaftes Zusammenleben. Die SP-Fraktion unterstützt die Vorlage.

Matthias Zehnder (Grüne): Ich unterstütze die Voten von Oliver Hager und Reto Candinas. Mir viel auf, dass Menschen, welche in Windisch wohnen alle Menschen unterstützen wollen. Die Gemeinde soll für alle schauen, auch für die nicht grössten Steuerzahler. Das «Chilefeld» ist der richtige Ort dafür. Die Gemeinde hat auch die Aufgabe, nicht nur hohe Steuerzahler anzulocken. Neue Wohnungen sind aber generell nicht günstig. Für die ersten zwanzig Jahre mache ich mir keine Sorgen, dass mit diesen Wohnungen zu wenig Steuersubstrat dazukommt. Eine 4,5 Zimmer-Wohnung wird voraussichtlich nicht für unter CHF 2'500 erhältlich sein. Gerechnet mit einem Drittel eines Einkommens für die Wohnung, müssten schon hohe Einkommen erzielt werden. Dies erscheint in diesem Gebiet angebracht. Die Belastung der Dorfstrasse muss beachtet werden. Ich gehe davon aus, dass die Dorfstrasse bei besseren Steuerzahlern voraussichtlich mehr belastet würde.

Tim Ottiger (SVP): Als junger Bürger möchte ich einen Punkt einbringen. Schon in der ganzen Sitzung haben wir darüber geredet, dass wir in Windisch ein Problem mit den Finanzen haben. Das Problem mit den Finanzen könnte mit Sparen gelöst werden, was im Einwohnerrat nicht gewünscht sei. Für eine andere Lösung sind wir auf gute Steuerzahler angewiesen. Mit ausschliesslich kleinem und einfachem Wohnraum werden keine guten Steuerzahler angesiedelt werden können. Wenn kein Angebot für Gutverdienende von Zürich besteht, werden wir langfristig kein starkes Steuersubstrat nach Windisch bekommen. Wir befinden uns weit unter dem kantonalen Durchschnitt und es wäre wichtig, solche Personen anziehen zu können. Dies wird mit dem geplanten Projekt nicht gelingen. Auch ausserhalb der Städte ist es immer wichtiger, schönen modernen Wohnraum zu haben. Es ist wichtig, dass Windisch auch bei dem Trend mitmacht und für Menschen aus Zürich attraktiver wird. Damit darf nicht gewartet werden, bis die Stadtraumplanung am Bahnhof abgeschlossen ist, welche noch 15, 20 oder 25 Jahren dauern wird. Daher werde ich dieses Traktandum ablehnen.

Martin Gautschi (FDP): Auch nach den langen Debatten sind wir im Einwohnerrat nicht lernfähig. Wir müssen schauen, dass die Gemeinde mehr Einnahmen erzielen kann. Hier gibt es eine Chance, welche wieder verpasst wird. Wir gehen den einfachsten Weg, anstatt das überlegt wird, wie am meisten aus dem «Chilefeld» herausgeholt werden kann. Es fehlt eine saubere Gegenüberstellung zwischen Verkauf und Baurecht. Dem Einwohnerrat wird hier nur eine Option offengelegt. Die Einnahmen müssen maximiert werden, da nicht gespart werden soll. Das Geschäft soll abgelehnt werden. Ansonsten würde die FDP dieses im obligatorischen Referendum bekämpfen.

Stefan Fehlmann (EVP): Reto Candinas hat viele gute Argumente vorgebracht. Mir scheint es auch nicht glaubwürdig, dass sich die richtig guten Steuerzahler wirklich im «Chilefeld» niederlassen wollen. Ich finde die Vorlage gut. David Beerli hat diese sehr gut ausgearbeitet. Wir wurden mehrfach und gut informiert. Von der EVP glauben wir, dass dies der richtige Weg ist. Für die besseren Steuerzahler gibt es andere Gebiete. Bei den weiteren Grundeigentümern muss gut hingeschaut werden, damit diese mitbezogen werden können. Von der EVP stimmen wir diesem Projekt zu.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Es wäre nett, wenn besser zugehört würde. Es ist respektlos gegenüber den vorgebrachten Voten. Das Projekt wurde erfreulich und positiv vorgestellt. Mir sind die Fakten wichtig, welche sich im Grundlagenpapier zur Präqualifikation befinden. Ich finde das Grundlagenpapier gut.

**Protokoll des Einwohnerrates****29. Oktober 2025**

Der Einwohnerrat hat aber keine Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen. Es ist aber ein wichtiges Dokument, welches schon nahezu den Sondernutzungsvorschriften entspricht, welche für den Gestaltungsplan ausgearbeitet werden müssen. Es wird festgehalten, dass die Anzahl Parkplätze für die entsprechenden Wohnungen mit einer bestimmten Geschossfläche, gemäss VSS-Norm gerechnet, vorhanden sein muss. Es wird aber um die Hälfte reduziert. Dies hätte zur Folge, dass weiter 22 Parkplätze für die Bewohner benötigt würden. Auch steht, dass ein nachhaltiges Parkierungskonzept gesucht wird. Wenn möglich soll auf eine Tiefgarage verzichtet werden. Bei einer oberirdischen Anordnung der Parkierung ist die entsprechende Parkierungsfläche gut in die Umgebungsgestaltung zu integrieren. Einzelgaragen entlang des Bühlwegs sind nicht erwünscht. Ich frage mich, warum empfohlen wird auf eine Tiefgarage zu verzichten. Man könnte in dem Dokument auch lesen, dass der Untergrund eine sehr gute Qualität hat, also könnte auch ein Untergeschoss mit Keller und Tiefgarage erstellt werden. Einige Autos wird es brauchen. Diese können nicht wegdiskutiert werden. Diese könnten aber in den Untergrund verbannt werden. In der BNO heisst es, dass bei Mehrfamilienhäusern die Abstellplätze für die Bewohner unterirdisch oder im Gebäudevolumen anzuordnen sind. Es wäre eine Alternative, wenn im Erdgeschoss des Gebäudes die Garagen untergebracht würden. Dies scheint keine gute Lösung, da das Erdgeschoss sonst als Vollgeschoss genutzt werden kann. Das Erdgeschoss soll im «Vorder Chilefeld» zum Wohnen genutzt werden. Dies scheint nicht nachhaltig und auch nicht nachvollziehbar. Dies soll gegebenenfalls nochmal angepasst werden. Es besteht das Bauland, welches von einer sehr grosszügigen Grünzone umgeben ist. Der Grünstreifen zum Wald hat eine Fläche von 8'805 m<sup>2</sup>. Der Gemeinderat schlägt vor, dass dieser Grünraum im Besitz der Einwohnergemeinde bleiben soll, inkl. Kosten. Die gesuchten Teams sollen die Grünfläche in die Planung miteinbeziehen. Sobald ein Sieger-Team feststeht, soll der Landschaftsarchitekt auch diese Grünzone im Detail beplanen. Später würde dann die Umsetzung folgen und der Unterhalt auf die Gemeinde zukommen. Von diesen Kosten ist heute noch nichts bekannt, auch wenn diese unter Garantie auch auf die Gemeinde zurückfallen werden. Ich kann nicht nachvollziehen, warum die Grünzone nicht auch in die Bebauungsfläche integriert wird, sondern die Gemeinde diese Fläche noch selber managen soll. Wenn die Familiengärten immer noch umgesetzt werden sollten, könnte diese auch mit den Präqualifikationsvorgaben umgesetzt werden. Wenn der Baurechtsvertrag kostenmässig entlastet werden soll, damit dort nicht mehr Baurechtzins gezahlt werden muss, verstehe ich dies auch nicht. Dann würde ein Teil der Einnahmen von CHF 110'000 jährlich für die Grünfläche wieder aufgewendet werden müssen. Es benötigt ökologische Ausgleichsflächen etc. Ich erkenne nicht, warum nicht der ganze Perimeter in die Planung miteinbezogen wird, zulasten des kommenden Baurechtnehmers. Es würde Sinn machen, wenn dies im Gesamtpaket geschehen würde. Das Baurecht wird in diesem Fall sehr günstig abgegeben, fast schon zu günstig. Die Kosten für die Grünzone sollen demgegenüber selber getragen werden, inkl. Folgekosten. Dies scheint keine gute Lösung für die Einwohnergemeinde zu sein. Die Umkehr des Ablaufs, dass zuerst ein Wettbewerb durchgeführt und anschliessen der Gestaltungsplan in Angriff genommen wird, hat Reto erklärt, welche Vorteile erhofft werden. Ich möchte daran erinnern, dass der Gestaltungsplan dennoch erstellt werden muss, sobald das Projekt steht. Dieser muss unter anderem zum Kanton, damit die kantonale Fachstelle diesen genehmigen kann. Es handelt sich dabei um ein aufwendiges und langdauerndes Verfahren. Wenn dann Auflagen kommen, soll nicht wieder von null gestartet werden müssen. Die Umkehr des Ablaufs birgt somit auch ein gewisses Risiko. Von der Mitte sind wir kritisch gegenüber der Hoffnung oder dem Wunsch, dass ein Investor gefunden werden kann, welcher das «Vorder Chilefeld» ohne Rendite bebauen will. Eine Rendite ist hier nicht erlaubt. Wenn jemand ein Mehrfamilienhaus baut, können nicht immer alle Wohnungen sofort vermietet werden oder es kann Wechsel geben und die Wohnungen stehen so lange leer. Dieser Verlust müsste mit einer Rendite ausgeglichen werden können. Eine Rendite ist nicht reiner Profit. Diese kann auch zur Optimierung des Unterhaltes dienen etc. Ich hoffe, dass sich solch ein Investor finden lässt, da kein anderer Weg mehr möglich scheint. Wir sind da aber nicht so optimistisch. Es scheint unglaubwürdig, dass jemand in ein Objekt investieren möchte, ohne eine Rendite. Der Baurechtsvertrag müsste überarbeitet werden. Dieser ist noch nicht ausgereift und ist teilweise noch löchrig. Dies kann angepasst werden. Für die Einwohnergemeinde soll im weiteren Verlauf noch etwas Optimaleres aus finanzieller Sicht erreicht werden können. Dem Investor ist nicht vorgeschrieben, dass günstige Wohnungen geschaffen werden

## **Protokoll des Einwohnerrates**

**29. Oktober 2025**

müssen. Die Mehrheit im Einwohnerrat erwartet, dass eine günstige Wohnform entsteht, was aber nicht sicher ist. Die Wohnungen könnten teuer werden und könnten eventuell auch nicht vermietet werden. Ich denke es bräuchte eine Überarbeitung, eine Optimierung, damit das Projekt gestartet werden kann. Bevor die beiden Grundeigentümer der Landumlegung zugestimmt haben, wäre es riskant und nicht zu empfehlen, dass mit Arbeiten gestartet wird, welche kostenpflichtig sind. Falls die Umlegung nicht zustande käme, wäre diese Geld dann verloren.

Mirjam Aebischer (SP): Ich empfehle Elsbeth Hofmänner die Wohgeno-Siedlung anzuschauen, bei welcher die Gemeinde Bieberstein das Land im Wohnrecht abgegeben hat. Dies wurde eine lebendige Siedlung. Die Gemeinde Bieberstein ist sehr erfreut, mit den neuzuziehenden Personen ein lebendiges Dorf erhalten zu haben. Dies sind keine billigen Wohnungen. Die Kostenmiete bedeutet nicht, dass es billig ist, sondern, dass alles inklusive und bezahlt ist.

Reto Candinas, Gemeinderat (SP): Es ist klar, dass das Zugeständnis der privaten Grundeigentümer vorzeitig vorhanden sein muss. Es gab schon mehrere Besprechungen mit diesen Personen. Diverse Punkte, welche Bestandteil des Gestaltungsplans sind wurden angesprochen. Es wurde aufgezeigt, im Rahmen der Vorprüfungen, dass es Lösungen zur Ökologie gibt. Ein unterirdischer Bau benötigt Beton und erzeugt viel CO<sub>2</sub>, was nicht sehr ökologisch ist. Es gäbe bessere Lösungen. Diese müsse aber der Wettbewerb aufzeigen. Betreffend Grünzone muss erwähnt werden, dass dort keine Gestaltungsplanpflicht besteht. Die Gestaltungsplanpflicht betrifft nur den vorderen Bereich in der Wohnzone. Selbstverständlich würde die Grünzone in die Planung mitaufgenommen. Was dort erarbeitet werden soll ist völlig offen. Es könnte Spielplätze geben für die Überbauung, es könnte Pflanzplätze geben. Das wird auch im Rahmen mit dem Wettbewerb-Verfahren ausgelotet, wer dann den Unterhalt dafür übernimmt. In diesem Bereich ist alles völlig offen. Ich stelle fest, dass erwartet wird, schlechte Steuerzahler mit diesen Wohnungen anzuziehen. Diese Wohnform hat mit schlechten Steuerzahlern nichts zu tun, abgesehen davon, dass das «Chilefeld» keine Top-Lage in der Gemeinde ist. Es werden voraussichtlich keine billigen Wohnungen werden. Neue Wohnungen sind in der heutigen Zeit eher teuer. Am Rain gibt es ein ähnliches Beispiel einer Wohnbaugenossenschaft. Auch dort wurden gute Wohnungen geschaffen. Ich bitte darum, den Anträgen zuzustimmen.

### **Offene Abstimmung – Antrag 1**

Der Einwohnerrat fasst mit 22 Ja- zu 13 Nein-Stimmen wie folgt

### **Beschluss – Antrag 1**

Der Einwohnerrat genehmigt einen Zusatzkredit von CHF 108'000 für den Wettbewerb zur Baulandvergabe im Entwicklungsgebiet «Vorder Chilefeld».

### **Offene Abstimmung – Antrag 2**

Der Einwohnerrat fasst mit 21 Ja- zu 15 Nein-Stimmen wie folgt

### **Beschluss – Antrag 2**

Der Einwohnerrat genehmigt die Vergabe der Grundstücke LIG Windisch Nr. 926, 929, 930, 931, 932, 934, 935, 936 und 937 mit einer Fläche von 5'343 m<sup>2</sup> im Baurecht, das zu folgenden Konditionen vergeben werden soll:

- a. jährlicher Baurechtszins CHF 110'400
- b. Baurechtsdauer 99 Jahre ab Rechtskraft der Baubewilligung.
- c. Zinssatz 2.3% (1.25 % Referenzzinssatz + Zuschlag von 1.05 %)
- d. Periodische Anpassung des Baurechtszins alle 5 Jahre gemäss Stand Referenzzinssatz

## Protokoll des Einwohnerrates

29. Oktober 2025

e. Die Heimfallentschädigung beträgt 85% des dannzumaligen Verkehrswerts.

### Ordnungsantrag um Schluss der Sitzung

Daniel Brassel, Einwohnerratspräsident (EVP): Die Traktanden 13 bis 16 werden auf die nächste Sitzung im März verschoben. Die Traktanden 17 bis 19 werden schriftlich beantwortet werden.

| Offene Abstimmung  | Ja | Nein |
|--|----|------|
| <b>Ordnungsantrag Schluss der Sitzung</b>                      | 35 | 0    |
| Der Ordnungsantrag wurde mit 35 Ja-Stimmen <b>angenommen</b> . |    |      |

Daniel Brassel, Einwohnerratspräsident (EVP): Dies ist meine letzte Einwohnerratssitzung als Präsident. Ich hätte nicht erwartet, dass diese Sitzung so lange dauert. Zwei Jahre als Einwohnerratspräsident klingt kurz. Die Zeit war kurz aber gut gefüllt mit Diskussionen, Entscheidungen, Kompromissen, langen Abenden und auch einigen längeren Sitzungen, als aufgrund der Traktandenliste erwartet. Als ich mein Amt angetreten bin, habe ich davon gesprochen, Brücken zu bauen. Zwischen unterschiedlichen Meinungen, Parteien, Generationen und auch zwischen Gemeinden. Heute kann ich sagen, dass einige Brücken gebaut wurden, wenn auch nicht alle bis ans andere Ufer. Der eine oder andere Pfeiler konnte aber gesetzt werden.

Liebe zukünftige Legislativ- und Exekutivmitgliederinnen und -mitglieder. Bitte vergesst die Brücke zu Brugg nicht. Schafft intensiv und stetig daran, denn es geht um unser Zentrum Brugg-Windisch, um ein starkes einheitliches Zentrum in der Region und im Kanton. Diese Stärke ist aus meiner Sicht, für unsere zukünftige Entwicklung entscheidend.

Vor knapp zwei Jahren habe ich Churchill zitiert: „Demokratie ist die Notwendigkeit, sich gelegentlich der Meinung anderer Leute zu beugen.“ Ich denke, dies ist in den vergangenen zwei Jahren gut gelungen, nicht immer freiwillig, aber meist im Bewusstsein, dass es in einer Demokratie nur so geht. Unsere Diskussionen waren teilweise hart aber immer fair. Wir haben gezeigt, dass wir auch mit unterschiedlichen Ansichten, gemeinsame Lösungen finden können, dass Respekt und Sachlichkeit mehr bringen als Lautstärke. Wir haben debattiert und zugehört und versuchten am Ende doch immer das Besten für Windisch zu machen. Dies ist der Sinn der Kommunalpolitik, nicht Gräben zu ziehen, sondern Brücken zu bauen.

Ich danke euch allen für das Engagement, euren Einsatz und ganz ehrlich, auch für euer Durchhaltevermögen. Mein Dank gilt auch der Verwaltung. Ihr seid das Rückgrat unserer Arbeit. Ohne eure Vorbereitung, eure Fachkompetenz und euer Verständnis wären viele Diskussionen kürzer, aber nicht besser geworden. Dem Gemeinderat danke ich für die Geduld, wenn wieder etwas genau genommen wurde und für den offenen Austausch, manchmal kontrovers aber immer mit dem Ziel Windisch weiterzubringen. Wenn ich zurückschaue, sehe ich einen Rat, welcher funktioniert, nicht perfekt, aber ehrlich engagiert und mit Herzblut. Genau so muss es sein. In einer Welt wo die Gräben tiefer und die Brücken abgerissen werden, ist es ein Privileg in einer Gemeinde zu leben, wo man sich zwar streitet aber einander dennoch zuhört. Das ist der wahre Kern einer Demokratie.

Ich wünsche dem neuen Präsidium und dem neuen Rat viel Freude, Mut und auch etwas Gelassenheit. Brücken bauen, bleibt eine Daueraufgabe, sowohl in der Politik wie auch im Leben. Vergesst nicht, Demokratie lebt vom Reiben und nicht vom Streicheln.

Danke für das Vertrauen, die gute Zusammenarbeit und für viele Abende voller Diskussionen, Dynamik und auch etwas Drama aber immer im Sinn von Windisch. Danke und ich wünsche eine gute Nacht.

**Protokoll des Einwohnerrates**  
**29. Oktober 2025**

---

Schluss der Sitzung: 23:47 Uhr

---

*Standing Ovation für Daniel Brassel*

**EINWOHNERRAT WINDISCH**



Daniel Brassel  
Einwohnerratspräsident



Ramona Hinteregger  
Gemeindeschreiberin II